



Die Stadt gehört allen!

Kommunalwahlprogramm
DIE LINKE. Leipzig

Stand: Dienstag, 26. Februar 2019

Präambel	3
1. Für eine sozial-ökologische Wirtschaft und gute Arbeit	5
1.1. Gute Arbeit – gute Löhne, qualifizierte und zukunftsfähige Ausbildung, prekäre Beschäftigung zurückdrängen.	5
1.2. Wirtschaftliche Entwicklung stabilisieren und für alle nutzen	6
1.3. Solide kommunale Unternehmen als Garanten zuverlässiger Infrastruktur und Daseinsvorsorge.....	7
1.4. Zukunft finanzieren durch solides Haushalten	7
2. Für soziale Gerechtigkeit und selbstbestimmtes Leben	9
2.1. Stadtgesellschaft sozial und gerecht.....	9
2.2. Unsere Zukunft – Kinder und Jugendliche	10
2.2.1. Eine gute Kita-Betreuung für alle Kinder	10
2.2.2. Für gute Schule und Bildung	11
2.2.3. Umfassende Unterstützung und Förderung von Familie, Kindern und Jugendlichen	13
2.3. In Leipzig studieren und forschen.....	14
2.4. Würdevolles Leben und Teilhabe im Alter	15
2.5. Gleichstellung aller Geschlechter	16
2.6. Inklusives Denken und Handeln fördern.....	17
2.7. Für eine stabile medizinische Versorgung und gute Pflege.....	18
2.8. Öffentliche und persönliche Sicherheit durch Prävention.....	19
3. Für eine nachhaltige Stadtentwicklung.....	21
3.1. Für eine zügige und soziale Energiewende und klimagerechte Stadtentwicklung	21
3.2. Leben in einer Grünen Stadt	22
3.3. Freiräume erhalten und Bauflächen verantwortungsvoll nutzen.....	23
3.4. Soziale Bodenpolitik kontra Grundstücksspekulation.....	24
3.5. Global denken – lokal Handeln	25
4. Für ein Recht auf Stadt und bezahlbares Wohnen	26
4.1. Bezahlbares Wohnen für alle!.....	26
4.2. Gesellschaftliche Verantwortung der LWB stärken	27
4.3. Wohnungsgenossenschaften – wichtige Partner	28
4.4. Geschosswohnungsbau ankurbeln	28
4.5. Standards im Geschosswohnungsbau halten	29
4.6. Kampf gegen Wohnungs- und Obdachlosigkeit und Verbesserung der entsprechenden Hilfsangebote	29
5. Für eine Mobilität, die uns allen nutzt	31
5.1. Öffentlichen Personennahverkehr stärken.....	31
5.2. Fußverkehr fördern	32
5.3. Radverkehr ausbauen	33
5.4. Autoverkehr vermeiden.....	34
6. Wir alle sind Leipzig – Für eine aktive Bürgerstadt.....	36
6.1. Stadtgesellschaft lebt von der Mitwirkung der Bürger*innen – auch im digitalen Zeitalter.....	36
6.2. Leipzig schreibt lebendige Geschichte	37
6.3. Kultur auf allen Ebenen	38
6.4. Für eine sportliche Zukunft – von der Breite bis zur Spitze.....	40
6.5. Moderne und bevölkerungsnah Verwaltung.....	42
Schlusswort	44

Präambel

Liebe Leipziger*innen¹,

am 26. Mai 2019 finden die Wahlen zu Leipzigs Stadtrat und zu den Ortschaftsräten statt. Wir Leipziger*innen haben damit erneut die Chance, darüber zu entscheiden, wie sich unsere Stadt in den nächsten Jahren entwickelt. DIE LINKE ist eine alternative, bürger*innennahe Gestaltungspartei. Wir haben Stadträt*innen, die vielfältige Erfahrungen mitbringen und die Herausforderungen unserer Stadt kennen und sich der Anliegen der Bürger*innen annehmen. Mit diesem Anspruch laden wir alle herzlich ein, das vorliegende Wahlprogramm kritisch zu prüfen und mit uns gemeinsam die Zukunft Leipzigs zu gestalten. Unsere Vorstellungen für eine soziale und solidarische Stadt im dritten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts gründen auf einem realistischen und finanzierbaren Konzept. Unsere humanistischen Werte sind soziale Gerechtigkeit, Selbstbestimmung, solidarisches Miteinander, Frieden, Weltoffenheit und ökologische Nachhaltigkeit. Auf dieser Grundlage unterbreitet DIE LINKE ein in sich geschlossenes, in die Zukunft weisendes Wahlprogramm, das die Herausforderungen, vor denen die Stadt Leipzig insgesamt steht, in den Blick nimmt und Lösungen anbietet.

Ihre Stimme für unsere Partei lohnt sich. Unsere Bilanz der jetzt zu Ende gehenden Wahlperiode von 2014-2019 kann sich sehen lassen: mit mehr als 130 Anträgen und nahezu 300 Anfragen ist die Linksfraktion die aktivste in Leipzigs Stadtrat. Mit vielfältigen Initiativen haben wir uns für eine soziale, demokratische, kulturelle und nachhaltige Entwicklung Leipzigs stark gemacht. Zu einem unserer größten Erfolge gehört sicherlich der Stopp der Preisspirale für den ÖPNV in Leipzig. Dank unserer Initiative werden die Ticketpreise in den Jahren 2019 und 2020 stabil bleiben. Im Zusammenwirken mit unseren beiden Bürgermeister*innen konnten wir viele Vorhaben erfolgreich umsetzen, wie z. B. die weitere Sanierung der Musikalischen Komödie, den Ausbau von Sportstätten und den Erhalt öffentlichen Eigentums. Wir haben uns erfolgreich für den Stopp des Verkaufs kommunaler Liegenschaften zur Haushaltsanierung eingesetzt. Ohne uns würde es weder eine Gästetaxe als sozial verträgliche Einnahmequelle für die Stadt noch zusätzlich 100 Millionen Euro für Schulbau geben. Zu unseren wichtigen in der zu Ende gehenden Wahlperiode energisch verfochtenen Anliegen zählte die rechtliche Gleichstellung der Stadtbezirksbeiräte gegenüber den Ortschaftsräten und der Bürgerentscheid zum Einheits- und Freiheitsdenkmal. Leider gelang es nicht, im Stadtrat dafür fraktionsübergreifend die erforderlichen politischen Mehrheiten zu mobilisieren.

In der nächsten Wahlperiode bleibt für eine starke LINKE viel zu tun, denn die oft geäußerte Feststellung, Leipzig sei eine wachsende Stadt, appelliert an ein Lebensgefühl, ist aber noch kein politisches Konzept. Das rasante Wachstum Leipzigs bringt nämlich auch gravierende Probleme mit sich, insbesondere beim Ausbau der sozialen und kommunalen Infrastruktur wie Kitas, Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV), Schulen, Straßenerhaltung, Verwaltung, Wohnungen usw. Parallel steht Leipzig vor gesamtgesellschaftlichen Herausforderungen wie der Integration von Geflüchteten, den auch 30 Jahre nach der Wende spürbaren Unterschieden zwischen Ost und West, der zunehmenden Aushöhlung der Demokratie oder

¹ Um alle Geschlechter in unserem Kommunalwahlprogramm darzustellen, verwenden wir an Stellen, wo keine geschlechtsneutrale Formulierung möglich oder sinnvoll ist, den sogenannten Gender-Star (*). Der Stern drückt aus, dass neben Männern und/oder Frauen auch Personen mit weiteren Geschlechtsidentitäten einbezogen sind.

der fortschreitenden Digitalisierung. Auch in Leipzig spüren viele Menschen, die Verhältnisse im neoliberalen Kapitalismus werden rauer. Ohnmachtsgefühle und Ratlosigkeit auf der einen, Wut und Aggressionen auf der anderen Seite, nehmen in Teilen der Stadtgesellschaft zu. Dieser Stimmungswandel wird von völkisch-autoritären Kräften aufgegriffen und instrumentalisiert. Damit steht DIE LINKE als antifaschistische Partei, die allen Formen von Antisemitismus, Ausländerfeindlichkeit, Demokratieverachtung, Homophobie, Neonazismus und Rassismus konsequent entgegentritt, vor großen Herausforderungen.

Mit dem wirtschaftlichen Aufschwung der letzten Jahre und dem damit verbundenen Rückgang der Arbeitslosigkeit gewann Leipzig weit über die Landesgrenzen enorm an Attraktivität – nicht nur der Zuzug und der damit verbundene massive Bevölkerungsanstieg zeugen davon. Doch nicht alle haben in gleichem Maße von dieser positiven Entwicklung profitiert. Viele Menschen, darunter auch zahlreiche Alleinerziehende, leben nach wie vor unter prekären Bedingungen. Die Einkommen der meisten Leipziger*innen hinken immer noch deutlich vergleichbaren Städten im Westen hinterher; Leipzig ist die bundesdeutsche Großstadt mit der zweithöchsten Armutsquote (ca. 22 Prozent der Bevölkerung). Darüber hinaus arbeitet rund ein Drittel der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten – davon ein Großteil Frauen* – im Niedriglohnsektor. Kinderarmut und ansteigende Altersarmut sind bittere Realität in unserer Stadt. Ebenso zeugen die vielen, von uns solidarisch unterstützten Arbeitskämpfe um mehr Lohn, die Einführung von Tarifverträgen oder um den Erhalt von Arbeitsplätzen von der angespannten sozialen Situation in Leipzig.

DIE LINKE kämpft energisch für eine angemessene Würdigung der Lebensleistung aller Menschen – nicht nur in Worten, sondern tatsächlich für jede*n erreichbar und überprüfbar. Die soziale Spaltung der Stadtgesellschaft und deren aktive Bekämpfung ist das zentrale Thema für uns. Hier setzt unsere Politik an. Dabei wissen wir, dass die finanzielle Basis Leipzigs begrenzt und weiterhin sehr stark von den Rahmenbedingungen in der EU, im Bund und im Land abhängig ist. Um eine zukunftsfähige Infrastruktur und die kommunale Daseinsvorsorge auch für die folgenden Generationen zu gewährleisten, sind daher sowohl Veränderungen dieser Finanzbeziehungen als auch der städtischen Haushaltspolitik notwendig. Insbesondere die einseitige Entschuldungspolitik durch die Rathauspitze muss aufgegeben und in der Investitionspolitik erheblich umgesteuert werden, um diese Ziele zu erreichen.

Dieses Kommunalwahlprogramm versteht sich nicht nur als Wahl-, sondern auch als Arbeitsprogramm der Fraktion DIE LINKE im neuen Stadtrat. Es orientiert sich an der sozialen Teilhabe und am weiteren Fortschritt der Lebensqualität für alle Leipziger*innen. Es ist ebenso realistisch wie anspruchsvoll und wendet sich ausdrücklich auch an die Menschen, denen nach vielen unbefriedigenden Entwicklungen der letzten Jahre der Schwung eines lohnenden Engagements und der Mut zu herangereiften Veränderungen zurückgegeben werden soll.

Denn die Stadt gehört allen!

1. Für eine sozial-ökologische Wirtschaft und gute Arbeit

Linke Kommunalpolitik kann auch auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik wichtige Impulse geben und Weichen zum notwendigen Umsteuern stellen. Die wesentlichen politischen Entscheidungen fallen jedoch auf der Landes-, Bundes- und europapolitischen Ebene. Aber wir können den kommunalpolitischen Handlungsspielraum nutzen, um in unserer Stadt andere politische Entscheidungen zu treffen.

Die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen, der Kampf um eine andere Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums, um gute Arbeitsbedingungen, armutsfeste Löhne und Renten wird vor allem durch die Erwerbstätigen selbst und ihre Gewerkschaften vorangetrieben und durch DIE LINKE unterstützt. Trotz des deutlichen Rückgangs bei den offiziellen Arbeitslosenzahlen in Leipzig beeinträchtigen Leiharbeit, befristete Arbeitsverhältnisse und unfreiwillige Teilzeitarbeit die Einkommenssituation, die materielle Absicherung und Lebensplanung der Betroffenen. Und dies schwächt auch die Kaufkraft und das Steueraufkommen.

1.1. Gute Arbeit – gute Löhne, qualifizierte und zukunftsfähige Ausbildung, prekäre Beschäftigung zurückdrängen

Um unsichere Arbeitsverhältnisse zurückzudrängen und die Beschäftigung im Niedriglohnsektor zu reduzieren, kommt der Stadt Leipzig und ihren Eigenbetrieben und Unternehmen eine besondere Rolle zu. Zum einen für die dort Beschäftigten, zum anderen als wichtige Auftraggeberin im regionalen Wirtschaftskreislauf, kann sie direkt für diese Ziele tätig werden bzw. mittelbar deren Durchsetzung zu einem Kriterium machen.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- die strikte Einhaltung geltender Tarifverträge für alle Betriebe und Beteiligungen der Stadt, auch bei „Tochter“- und „Enkel“-Unternehmen
- eine Tarifbindung, wo sie noch nicht existiert; auch bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen sollten gute Arbeitsbedingungen und Tarifbindung als Voraussetzungen beachtet werden
- die Ersetzung von Leiharbeit und befristeten Arbeitsverträgen ohne Sachgrund durch reguläre Arbeitsverhältnisse; Teilzeitbeschäftigten ist die Rückkehr in Vollzeitarbeitsverhältnisse zu ermöglichen
- den Erhalt und Ausbau der Ausbildungsplätze bei der Stadt, ihren Eigenbetrieben und den kommunalen Gesellschaften
- die Bildung eines Ausbildungsverbunds der Stadt, der kommunalen Eigenbetriebe und Gesellschaften für die Ausbildung in Kammerberufen
- die Förderung der Zusammenarbeit mit kleinen Unternehmen in der Stadt in der Berufsausbildung
- Chancengleichheit bei der Vergabe von geeigneten Ausbildungsplätzen für Abgehende aller Schulformen
- die Entwicklung eines Gütesiegels für Leipzig „Faire Arbeit – faire Ausbildung“ mit den Kammern und Gewerkschaften

- die Schaffung eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors mit sozialversicherungspflichtigen und tariflich abgesicherten Arbeitsplätzen, unter Einbeziehung des Kommunalen Eigenbetriebs Engelsdorf
- die konsequente Nutzung von Mitteln aus dem Programm „JobPerspektive Sachsen“ für die Qualifizierung von Langzeitarbeitslosen mit dem Ziel der Integration in den Arbeitsmarkt
- die Entsendung von Mitgliedern des Stadtrats in die Trägerversammlung des Jobcenters zur stärkeren Einbindung in die Verantwortung für dieses Politikfeld
- die Einhaltung aller Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) bei öffentlichen Aufträgen
- die Berücksichtigung sämtlicher Kosten während der kompletten Nutzungsdauer des Produkts oder Dienstleistungen und die Verpflichtung der Bieter*innen, anerkannte Umwelt-Gütezeichen vorzulegen.

1.2. Wirtschaftliche Entwicklung stabilisieren und für alle nutzen

Wir wollen, dass die Ergebnisse wirtschaftlicher Tätigkeit dazu dienen, die Teilhabe aller am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen und der Stadt die notwendigen Einnahmen für die Erfüllung ihrer Aufgaben zur Verfügung zu stellen. Dazu soll die eigene Wirtschaftskraft gestärkt werden. Zu ihrer Zukunftsfähigkeit gehören qualifizierte Bildung, Ausbildung und Weiterbildung und eine leistungsfähige Daseinsvorsorge ebenso wie die öffentliche Infrastruktur und Verwaltung.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- die Entwicklung der Kooperation vor allem in der Region Leipzig-Halle-Jena-Gera und die Stärkung dieser Metropolregion Mitteldeutschland
- eine Vereinbarung mit allen Beteiligten in der Region über gemeinsame ökologische und soziale Kriterien z. B. bei künftigen Neuansiedlungen
- die regelmäßige Überprüfung der bisher praktizierten Netzwerk-Strategie (Cluster), insbesondere unter dem Aspekt, was sie zur Stärkung lokal und regional verankerter Unternehmen und Betriebe beiträgt
- Kooperationsvereinbarungen in den Clustern Energie und Umwelttechnik, Gesundheitswirtschaft und Medien- und Kreativwirtschaft zwischen wissenschaftlichen Einrichtungen und ortsansässigen Betrieben, insbesondere kommunalen Unternehmen auf dem Gebiet der Forschung und Entwicklung
- eine Vergabepolitik der Leipziger Stiftung für Innovation und Technologietransfer, die stärker ökologische und soziale Nachhaltigkeit fördert
- die gezielte Förderung neuer Betriebe, vor allem auf genossenschaftlichen Grundlagen, durch Beratung und die Vergabe von Zuschüssen und Krediten
- die Förderung des regionalen Mittelstandes durch die Bildung von kleineren Losgrößen (Teilung des Gesamtleistungsumfangs bei großen Aufträgen) bei Investitionen und Auftragsvergaben (gewerkebezogene Fachlosvergabe)
- die Abwicklung öffentlicher Aufträge durch die Verwaltung; diese muss so organisiert werden, dass kleinere Betriebe nicht in Zahlungsschwierigkeiten geraten
- die Unterstützung von Betriebsübernahmen vor allem im Handwerk durch fachlich geeignete Nachwuchskräfte; notwendige Nachqualifizierungen werden durch die Wirtschaftsförderung in Zusammenarbeit mit den Kammern gefördert

- die Einhaltung sozialer und ökologischer Kriterien bei der Förderung von Unternehmensansiedlungen und Mitspracherechte für Stadtbezirksbeiräte und Ortschaftsräte bei Vergabeverfahren in ihren Stadtbezirken
- die ausschließlich zivile Nutzung des Flughafens Leipzig/Halle und ein generelles Nachtflugverbot.

1.3. Solide kommunale Unternehmen als Garanten zuverlässiger Infrastruktur und Daseinsvorsorge

Leistungsfähige kommunale Unternehmen sind Garanten einer zuverlässigen öffentlichen Infrastruktur und der Daseinsvorsorge. Die in der kommunalen Management-Holding Leipziger Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft (LVV) zusammengefassten drei Unternehmen Leipziger Stadtwerke, Leipziger Verkehrsbetriebe und Leipziger Wasserwerke sowie die Leipziger Wohnungsbaugesellschaft (LWB) und die Stadtreinigung Leipzig ermöglichen auch für die Zukunft Versorgungssicherheit in den Bereichen Wohnen, Energie, Wasser, Abwasser, Abfallentsorgung und Verkehr. Wir erwarten bei der Erfüllung dieser Aufgaben Ressourcenschonung durch Minimierung von Rohstoff- und Energieeinsatz und die Verwendung nachwachsender Rohstoffe und erneuerbarer Energien. Wir stehen deshalb weiterhin für den Erhalt und den Ausbau kommunalen Eigentums, der öffentlichen Infrastruktur und der Daseinsvorsorge.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- die Rekommunalisierung (teil)privatisierter Unternehmen und Einrichtungen, die für die öffentliche Infrastruktur von Bedeutung sind, wie zum Beispiel Abfalllogistik Leipzig
- die Rückführung der ausgegliederten und an Private ausgeschriebenen Bereiche innerhalb der öffentlichen Daseinsvorsorge in kommunale Hand
- eine Beschränkung der Spitzen-Einkommen in den kommunalen Unternehmen und deren künftige Orientierung an der Besoldung des/der Oberbürgermeister*in
- einen Ausbau der Mitbestimmungsmöglichkeiten der Leipziger*innen bei ihren kommunalen Unternehmen
- Investitionen in die Infrastruktur der Stadt in öffentliche Hand; Öffentlich-Private Partnerschaften lehnen wir ab
- die Gründung einer Leipziger Baugesellschaft in öffentlicher Hand.

1.4. Zukunft finanzieren durch solides Haushalten

Untrennbar verknüpft mit der wachsenden Großstadt sind die von der Verwaltung bisher nicht bezifferbaren finanziellen Herausforderungen, darunter der Abbau des milliardenschweren Investitionsstaus. Dieser umfasst allein bei den Stadt-, Wasser- und Verkehrsbetrieben ein geschätztes Volumen von 3,6 Mrd. Euro bis 2030. Nicht nur darum wird Leipzig seine Finanzpolitik entscheidend ändern müssen. Ein weiterer Grund: zwar stiegen in den letzten Jahren (2012-2016) die Steuereinnahmen um ca. 185 Mio. Euro auf ca. 604 Mio. Euro, allerdings wuchsen die Aufwendungen im Vergleichszeitraum mit 265 Mio. Euro erheblich schneller. Damit wird Leipzig auch in Zukunft von steigenden finanziellen Transferleistungen abhängig bleiben.

Unverzichtbar sind deshalb radikale Änderungen in der Zuweisungspolitik des Freistaates Sachsen an die Kommunen. Es ist z.B. nicht hinzunehmen, dass seit Jahren das Land die Fördermittel der Europäischen Union für die Stadtentwicklung sowie die Bundeszuweisungen für den Nahverkehr und für den Ausbau von Kindertagesstätten nur gekürzt an die Kommunen weiterreicht; in den vergangenen Jahren wurden durchschnittlich weniger als 10 Prozent der Kitabauinvestitionen durch Fördermittel abgedeckt. Leipzig muss alle Kräfte einsetzen, um zu verhindern, dass der Freistaat auf Kosten der Kommunen seinen Entschuldungskurs fortsetzt und sich auch auf Kosten des Haushaltes der Stadt saniert.

Sofern Bund und Land ihrer Aufgabe der ausreichenden Finanzierung der Kommunen weiterhin nicht nachkommen, muss zugleich die Verwaltungsspitze ihre kurzsichtige Entschuldungspolitik hinsichtlich der beschlossenen und künftig notwendigen Investitionen u.a. in Schulen, Kitas und öffentlichen Nahverkehr aufgeben. Diese führte und führt zur Bevorzugung von Investorenmodellen mit unkündbaren 25-jährigen Mietverträgen beispielsweise im Kitabau und damit zwangsläufig zu Kosten bis in dreifacher Höhe im Vergleich zum Eigenbau. Hier fordern wir eine grundsätzliche Kurskorrektur der Verwaltung für mehr Generationengerechtigkeit. Dabei ist besonders wichtig, dass in der Verwaltung die Voraussetzungen geschaffen werden, nicht nur wie bisher jährliche Investitionen in Höhe von etwa 180 Mio. Euro, sondern ein geplantes Investitionsvolumen von durchschnittlich 250 Mio. Euro (Haushalt 2017/18) zuzüglich der nicht umgesetzten Investitionen aus den Vorjahren in Höhe von 300 Mio. Euro zu realisieren. Dafür fordern wir ausreichendes Personal und zukunftsfähige Strukturen. Nur so ist solide Haushaltspolitik möglich, an der wir auch künftig festhalten.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- die Neuordnung der Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern und Kommunen mit dem geltenden Grundsatz: wird eine Leistung durch den Gesetzgeber bei der Kommune bestellt, ist diese von dort im vollen Umfang zu bezahlen
- eine transparente städtische Haushaltspolitik unter aktiver Mitbestimmung der Bürger*innenschaft, z.B. durch Einführung eines tatsächlichen Bürger*innenhaushaltes unter Beteiligung der Stadtbezirksbeiräte und Ortschaftsräte
- den Vorrang der Eigeninvestition vor Investorenmodellen mit langfristigen, unkündbaren Mietverträgen; Investitionen durch Dritte nur im begründeten Ausnahmefall
- die Einführung eines dezernats- und amtsübergreifenden Fördermittelmanagements, um dringend benötigte zusätzliche Einnahmen zu generieren und die Vergabe der knappen Mittel strategisch sinnvoll und effektiv zu gestalten
- den vehementen Einsatz der Verwaltungsspitze, unter Ausschöpfung aller rechtlichen Möglichkeiten, für eine gerechte Mittelzuweisung des Freistaates Sachsen an Leipzig
- eine verlässliche Planung kommunaler Investitionen durch Schaffung personeller und struktureller Voraussetzungen.

2. Für soziale Gerechtigkeit und selbstbestimmtes Leben

Für DIE LINKE gehört der Kampf um soziale Gerechtigkeit und ein selbstbestimmtes Leben zu den unverwechselbaren Grundwerten. Trotz des wirtschaftlichen Aufschwungs der letzten Jahre ist Leipzig im bundesweiten Vergleich weiterhin eine Armutshochburg, viele Menschen leben hier unter prekären Bedingungen. Die soziale Spaltung der Stadtgesellschaft vertieft sich laut Leipzigs Sozialreport 2017. Damit untrennbar verknüpft sind Folgewirkungen wie beispielsweise die kontinuierlich steigenden Ausgaben für die Hilfen zur Erziehung. Signifikant ist auch der direkte Zusammenhang zwischen einer hohen Quote an Kinderarmut, Arbeitslosigkeit und Einkommensarmut mit dem deutlich geringen Anteil für gymnasiale Bildungsempfehlungen. Nach Instrumenten und Handlungskonzepten zur Gegensteuerung sucht man oft vergeblich, wobei wir wissen, dass die sozialpolitischen Gestaltungsmöglichkeiten durch die vorherrschende neoliberale Bundes- und Landespolitik begrenzt sind. Gerade deshalb brauchen wir in Leipzig eine nachhaltige Sozialpolitik, die den Anforderungen einer wachsenden Stadt gerecht wird und insbesondere freie Träger angemessen fördert.

2.1. Stadtgesellschaft sozial und gerecht

Aktive kommunale Sozialpolitik muss sich an alle Leipziger*innen richten und sie so in das Streben nach einer solidarischen und inklusiven Stadtgesellschaft einbeziehen. In diesem umfassenden Sinne verstehen wir Sozialpolitik nicht bloß als Reparaturbereich für prekäre Lebenslagen, Existenznöte oder soziale Konflikte. Auch wer über ein gutes Einkommen verfügt, darf sich nicht abschotten und sollte an einer Stadt interessiert sein, die endlich das Stigma der sächsischen Armutshauptstadt ablegen kann.

DIE LINKE tritt vor allem für Menschen ein, die gegenwärtig am Rande unserer Gesellschaft leben müssen und deren Lage sich in den letzten Jahren nicht oder kaum verbessert hat. Wesentlich dafür verantwortlich sind nach wie vor die unsäglichen Hartz IV-Regelungen, die dringend abgeschafft werden müssen, auch wenn das nur per Bundesgesetz geht. Viele der Betroffenen haben sich zurückgezogen. Wir möchten gerade diese Menschen ermutigen, trotz ihrer prekären Lage und der damit einhergehenden Belastung politisch aktiv zu werden, um den Druck für notwendige politische Veränderungen zu erhöhen.

Es ist unübersehbar: die Zahl der in Leipzig lebenden Migrant*innen wächst. Die Menschen kommen dabei aus den verschiedensten Ecken der Welt: Geflüchtete, Migrant*innen aus anderen EU-Staaten, Menschen aus kleineren Städten und Dörfern aus der Umgebung, Ost- und Westdeutsche aus anderen Bundesländern und sogar einige Dresdner*innen. Sie alle finden den Weg in die Stadt, um hier zu leben. Diese Entwicklung stellt sowohl Chance als Herausforderung dar. Migrant*innen sind in vielen Fällen stärker von Armut, Benachteiligung und Diskriminierung betroffen. Ziel muss es sein, Barrieren und Hemmnisse abzubauen und ein friedliches, vielfältiges Zusammenleben aller Menschen in der Stadt zu ermöglichen.

Wir setzen uns deshalb ein für:

- bezahlbare Versorgung (Strom, Gas, Heizung, Wasser usw.) auch für einkommensschwache Haushalte

- einen vom Freistaat Sachsen zu finanzierenden gerechten Sozillastenausgleich zwischen den Regionen und Kommunen zur Überwindung der finanziellen Benachteiligung der Stadt Leipzig, insbesondere gegenüber der Landeshauptstadt Dresden
- eine Anhebung der Grundfinanzierung und automatische Steigerung des Budgets für freie Träger im Sozialbereich, insbesondere zur tarifgerechten Entlohnung der Beschäftigten und zur Bekämpfung des Niedriglohnssektors
- Sicherung und weitere Ausgestaltung des Leistungsangebotes des Leipzig-Passes, u.a. dessen Ausweitung auf Menschen im Niedriglohnbereich
- die jährliche Dynamisierung der Richtwerte bei den Kosten der Unterkunft (KdU) für SGB-II-Betroffene sowie Beziehende von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung zur Vermeidung von Zwangsumzügen und Sozialgerichtsklagen
- die Weiterentwicklung des Sozialreports zu einer Sozialberichterstattung mit konkreter Handlungs- und Zielperspektive für die Sozialpolitik
- Verbesserung der sozialen Integration der Geflüchteten in die Stadtgesellschaft durch mehr dezentrale Sozialarbeit
- eine interkulturelle und familienspezifische Öffnung der städtischen Behörden, Eigenbetriebe und Beteiligungsunternehmen durch regelmäßige verpflichtende Fortbildungen der Mitarbeitenden sowie entsprechende Einstellungskriterien in der Stadtverwaltung (Fremdsprachenkenntnisse usw.).

2.2. Unsere Zukunft – Kinder und Jugendliche

Leipzig muss seinem selbst gewählten Anspruch, eine kinder- und jugendfreundliche Stadt zu sein, noch offensiver Rechnung tragen. Sehr erfreulich ist, dass seit Jahren deutlich mehr Kinder geboren werden und junge Familien verstärkt ihren Wohnsitz in Leipzig nehmen. Daraus erwachsen unserer Stadt jedoch vielfältige Herausforderungen, die in ihrer ganzen Vielfalt erkannt und bewältigt werden müssen. Unser Anspruch ist es, allen Kindern und Jugendlichen unabhängig von der Einkommens- und Vermögenslage der Eltern eine gute Perspektive in unserer Heimatstadt zu geben. Das ist gegenwärtig aber leider für viele noch nicht gegeben; fast ein Viertel der Kinder sind unmittelbar von Armut betroffen. Für uns sind Kinder und Jugendliche sowohl Gegenwart als auch Zukunft der Stadtgesellschaft. Jedes Kind hat ein Recht, sich seinen Bedürfnissen, Fähigkeiten und Interessen entsprechend zu entwickeln.

2.2.1. Eine gute Kita-Betreuung für alle Kinder

Vor dem Hintergrund des Rechtsanspruchs auf einen Kindertagesstättenplatz für Kinder ab dem vollendeten ersten Lebensjahr ist ein bedarfsgerechtes und qualitativ hochwertiges Angebot an Plätzen ein wichtiges Kriterium für eine kinder- und familienfreundliche Stadt. Kitas leisten einen wesentlichen Beitrag zur frühkindlichen Bildung, Erziehung und Betreuung und zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Trotz großer Anstrengungen in der Stadt beim Kitaplatzausbau konnten die Versäumnisse der vergangenen Jahre bis jetzt nicht kompensiert werden. Es bleibt deshalb auch aufgrund der seit Jahren steigenden Geburtenzahlen vordringliche Aufgabe, weitere Plätze zu schaffen. Um die Qualitätsentwicklung systematisch umsetzen zu können und gleiche Zugänge zu Bildung für alle Kinder zu gewähren, ist es zudem erforderlich, die personellen Rahmenbedingungen wesentlich zu verbessern.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- die Realisierung des Rechtsanspruchs auf einen Kita-Platz für jedes Kind bis zur Einschulung und die Einführung des Rechtsanspruchs auf einen Hortplatz während des Grundschulbesuches
- die Gewährleistung des Wunsch- und Wahlrechtes der Eltern bei der Kitaplatzsuche, im Hinblick auf verschiedene pädagogische Konzepte und eine wohn- oder arbeitsortnahe Versorgung
- die Realisierung der kostenfreien Kita-Betreuung für alle Kinder, bei Kostenausgleich durch den Freistaat Sachsen
- die Förderung aller Kinder und Jugendlichen, zum Beispiel durch die Ermöglichung kostenfreier, gesunder Mittagessenversorgung
- den weiteren gezielten Abbau des Investitionsstaus in zahlreichen Einrichtungen unter Nutzung von Förderprogrammen
- den Bau und den Betrieb neuer Einrichtungen zum überwiegenden Teil in kommunaler Trägerschaft, um mittel- und langfristig den Haushalt der Stadt weniger zu belasten
- die weitere Verbesserung der Kita-Platzvergabe über das Elternportal – die Vergabe muss transparent, gerecht und nachvollziehbar erfolgen
- die Ausweitung von Bemühungen, geflüchtete Kinder durch niedrigschwellige Einstiegsangebote und Sensibilisierung der Eltern stärker in die Kitabetreuung zu integrieren
- die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Bildung, Erziehung und Betreuung durch kleinere Gruppen, einen deutlich verbesserten Betreuungsschlüssel und die Anrechnung von Vor- und Nachbereitungszeiten für alle Erzieher*innen
- den weiteren Ausbau von Kindertagesstätten zu Kinder- und Familienzentren, die durch bessere finanzielle und personelle Ausstattung ein Hauptaugenmerk auf Familienbildung, Arbeit im Sozialraum und Integration legen können
- die Erweiterung von Kita-Sozialarbeit als präventives Angebot
- die Förderung von Elterninitiativen, die eine Kita gründen wollen und kleinen Kita-Trägern mit spezifischen pädagogischen Konzepten
- die Schaffung weiterer inklusiver Kindertageseinrichtungen im Sinne der UN-Behindertenrechtskonvention
- angemessene, verlässliche und gleiche Arbeitsbedingungen für das pädagogische Personal in kommunaler und freier Trägerschaft entsprechend der gesetzlichen Regelungen
- eine bedarfsgerechte und attraktivere Ausbildung der Erzieher*innen.

2.2.2. Für gute Schule und Bildung

Längeres gemeinsames Lernen anstatt frühzeitiger Vorbestimmung des einzuschlagenden Bildungsweges bleibt die zentrale Bildungsbotschaft der LINKEN. Das gegliederte Schulwesen ist Ursache vieler bildungspolitischer Probleme wie Lehrer*innenmangel, zu wenig Zeit und Möglichkeiten für die Förderung von Schüler*innen, Erschweren der Bildungsübergänge und die in der Praxis nicht gewährleistete Durchlässigkeit der Schularten untereinander.

Im Bildungsbereich schlagen sich die Probleme der wachsenden Stadt besonders nieder. Zuzüge aus dem Umland und der gesamten Bundesrepublik, anhaltend starke Geburtenzahlen, eine höhere Zahl an Schüler*innen mit Migrationshintergrund führen zu

höheren Jahrgangsstärken in Leipzigs Schulen. Unsere Stadt steht daher vor großen Herausforderungen im Schulbau, in der Sanierung und in der Werterhaltung der Schulen, Schulsporthallen und Freiflächen der Schulen. Bei der Lösung dieser Aufgaben bleiben Schüler*innen- und Elternräte für uns auch weiterhin wichtige Partner*innen.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- den Ausbau des kommunalen Schulnetzes, um die wohnortnahe Beschulung in allen Schularten zu ermöglichen
- kleine Grundschulbezirke mit höchstens zwei Grundschulen
- die Unterstützung der Aktivitäten des Arbeitskreises Schule und Wirtschaft an Oberschulen, die auf die berufliche Bildung orientieren und eine verstärkte Berufs- und Studienorientierung an Gymnasien
- eine ausreichende und bedarfsgerechte Anzahl von Berufsschulplätzen
- die schrittweise Umgestaltung der Schullandschaft hin zu einer Struktur, die längeres gemeinsames Lernen ermöglicht
- die Unterstützung von unterschiedlichen Schulmodellen, in denen das längere gemeinsame Lernen verwirklicht wird
- die Sicherung der maximalen Klassenstärken bis zu 24 Schüler*innen, um Inklusion (Kinder und Jugendliche mit besonderem Förderbedarf), Integration und Wiederholungen zu sichern
- eine stärkere Förderung nachbarschaftlichen und partnerschaftlichen Lernens mit Kindern und Jugendlichen aus geflüchteten Familien
- die gerechte Entlohnung von Lehrenden aller Schularten; keine Unterschiede von angestellten und verbeamteten Lehrkräften
- die qualitative und quantitative Erweiterung der Ganztagsangebote (GTA) in allen Schularten und deren auskömmliche Finanzierung und personelle Absicherung
- mindestens eine Schulsozialarbeiterin bzw. einen Schulsozialarbeiter an jeder Grund-, Förder-, Ober- und Berufsschule der Stadt und die Etablierung von Schulsozialarbeit auch an Gymnasien
- die bedarfsgerechte Beschäftigung und Erhöhung der Zahl der Schulpsychologen
- den Erhalt und Ausbau von Schulbibliotheken, Leseräumen und Lernwerkstätten sowie Gewährleistung der personellen Ausstattung
- die konsequente Einhaltung der gesetzlich verbrieften Lehr- und Lernmittelfreiheit
- den erforderlichen Netzausbau an Schulen aufgrund der fortschreitenden Digitalisierung der Gesellschaft und die Ausstattung mit entsprechenden Endgeräten
- verkehrssichere Schulwege in allen Stadtbezirken und Ortsteilen; dazu sind die finanziellen Mittel für Ampeln, Fußgängerüberwege, sichere Fuß- und Radwege, Radabstellplätze, Fahrdienste (für Schüler*innen mit besonderem Förderbedarf) erheblich zu erhöhen
- die Unterstützung von pädagogischen Konzepten, die eine Kooperation von Grundschule und Hort noch weiter verbessern
- preisstabile SchülerMobilCards und die Aufforderung an den Freistaat, ein kostenloses Bildungsticket einzuführen
- die Ermöglichung einer gesunden, kostenfreien Mittagessenversorgung für Kinder und Jugendliche – mindestens für diejenigen, die den Leipzig-Pass haben –, finanziert durch den Freistaat Sachsen und möglichst auf der Basis einer regionalen Versorgung

- die Vereinfachung der Einreichungen und Abrechnungen von Klassenfahrten, Schulfahrten, Schulausflügen und weiteren schulischen Aktivitäten
- für eine bessere Versorgung der Schulen mit Schulsachbearbeiter*innen sowie Hausmeister*innen.

2.2.3. Umfassende Unterstützung und Förderung von Familie, Kindern und Jugendlichen

Mit der wachsenden Stadt, der zunehmenden sozialen Unterschiede und der fortschreitenden Veränderung von Arbeitswelten und Lebensweisen wachsen auch die Anforderungen an die Kinder- und Jugendhilfe. Prekäre Lebensverhältnisse und verfestigte Armutslagen eines beträchtlichen Teils der Leipziger Stadtgesellschaft gehen zulasten von Familien, Kindern und Jugendlichen. Darüber hinaus sind vor allem Alleinerziehende von Armut betroffen.

Die wachsende Zahl von Kindern und Jugendlichen erfordert die quantitative, aber auch qualitative Weiterentwicklung von Konzepten und Förderinstrumenten, die Teilhabe und Integration ermöglichen. Im Zentrum stadtpolitischer Bemühungen muss die gleichberechtigte und umfassende soziale und demokratische Teilhabe von Kindern und Jugendlichen stehen. Dies muss durch eine adäquate personelle und finanzielle Ausstattung der im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe tätigen Akteur*innen gewährleistet werden. Die Selbstorganisation von jungen Menschen ist dabei ein zentrales Moment. Die dafür notwendigen Freiräume müssen erhalten und geschaffen werden.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- die konsequente Ausrichtung kommunaler Entscheidungen auf die Belange von Kindern, Jugendlichen und Familien mit Kindern
- ein Angebot an Prävention, Beratung und Hilfe bei kinder-, jugend- und familienrelevanten Problemstellungen, unter Berücksichtigung der Besonderheiten in den Ortsteilen, das der wachsenden Zahl von Kindern, Jugendlichen und Familien sowie sich verändernder Probleme und Bedarfe Rechnung trägt und entbürokratisiert werden sollte
- eine bedarfsgerechte Ausstattung der Angebote der verschiedenen Leistungsbereiche der Kinder- und Jugendhilfe entsprechend der vom Jugendhilfeausschuss verabschiedeten Fachstandards
- die Wertschätzung der Tätigkeit der Fachkräfte in der Kinder- und Jugendhilfe
- neue Formen aktiver Beteiligung von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen an Entscheidungen
- die strukturelle und personelle Unterstützung des Jugendparlaments
- die gleichberechtigte Teilhabe von geflüchteten Kindern und Jugendlichen an den Angeboten der Kinder- und Jugendhilfe und die Stärkung von spezifischen integrativen Projekten, die für herkunftsspezifische Unterschiede, Fluchterfahrungen und Sprachbarrieren sensibilisiert sind
- eine interkulturell, demokratiefördernd und geschlechtersensibel ausgerichtete Jugendarbeit, die sich aktiv gegen Antisemitismus, Neonazismus, Rassismus, Sexismus und weitere Formen von Diskriminierung wendet
- die Förderung selbstorganisierter, selbstverwalteter und alternativer Jugendkultur unter anderem durch den Erhalt von Freiräumen

- die wesentliche Anhebung der finanziellen Zuwendungen des Freistaates an die Kommune, insbesondere der Jugendpauschale
- die jährliche Steigerung des städtischen Jugendhilfeeinsatzes zur Sicherung der Kontinuität und des steigenden Bedarfs an der Kinder- und Jugendarbeit
- die Anpassung der Beratungs- und Hilfeleistungen des Allgemeinen Sozialdienstes an den steigenden Bedarf und die höhere Komplexität der Fälle
- bedarfsgerechte Angebote von Hilfen zur Erziehung mit dem Fokus auf die individuellen Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen und die Befähigung der Eltern
- den Ausbau von Erziehungs- und Familienberatungsstellen und weiteren Familienbildungsangeboten
- die Förderung einer familienspezifischen, bedarfsgerechten Familienberatung, welche den besonderen Lebenslagen von Alleinerziehenden-, Patchwork- und Regenbogenfamilien gerecht wird
- die Betreuung von Kindern und Jugendlichen in Pflegefamilien als Alternative zur stationären Unterbringung in Hilfe-zur-Erziehung-Maßnahmen sowie die engagierte Beratung und Begleitung durch den Pflegekinderdienst.

2.3. In Leipzig studieren und forschen

Als Hochschul- und Forschungsstandort verfügt Leipzig über jahrhundertealte Traditionen. Die entsprechenden Einrichtungen konzentrieren sich in vier Wissenschaftsräumen (Mitte, Nordost, Süd, Südost) und bilden einen zentralen Faktor der Stadtentwicklung. Die Gebäude, insbesondere die Neubauten, sind wesentlicher Bestandteil des Stadtbildes. Darüber hinaus prägt die stark von Drittmitteln abhängige Wissenschafts- und Forschungslandschaft die offene geistige Atmosphäre unserer Stadt wesentlich mit. Die knapp 40.000 Studierenden – davon fast 5.000 aus dem Ausland – tragen erheblich zum Wachstum, zur Verjüngung und zur steigenden Internationalität von Leipzig bei. Für viele Studierende ist Leipzig eine Station in ihrem Leben; zugleich ist die Stadt für viele junge Absolventen zwar Wohnort, aber nicht zwingend auch Arbeitsort.

Das Profil Leipzigs als Stadt der Wissenschaften ist zu stärken. Dazu gehört neben einer klugen kommunalen Raumpolitik die Verbesserung der Rahmenbedingungen sowohl der Studierenden als auch der Lehrenden, u. a. durch ausreichend Kitaplätze, bessere Radwege und preiswerten Wohnraum. Eine gesicherte Finanzierung des Studierendenwerkes seitens des Freistaates Sachsen ist eine notwendige Bedingung, um dessen Leistungen wie Wohnheimplätze, Sozialberatung und Mensen zu erhalten und dem Bedarf entsprechend zu erweitern. Eine ausreichende Grundfinanzierung der Hochschuleinrichtungen unabhängig von der Drittmittelförderung stärkt die Unabhängigkeit der Wissenschaftsentwicklung und kann viele Beschäftigungsverhältnisse aus den Abhängigkeiten der Befristung lösen.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- die Vertiefung der institutionellen Zusammenarbeit zwischen der Stadt und den Akteur*innen der Wissenschaftslandschaft unter besonderer Berücksichtigung der Universität Leipzig und deren Forschungsprofil
- mehr gemeinsame wissenschaftliche Projekte zwischen Verwaltung und städtischen Unternehmen mit Universität und Hochschulen

- die weitere Ausprägung eines mitteldeutschen Bildungsraumes in Richtung der Universitäten Halle und Jena
- die Öffnung der Hochschulen als ergänzende Bildungseinrichtungen für alle Menschen in Leipzig (z. B. Stärkung von Seniorenkolleg und Kinderuni)
- die Schaffung einer barrierefreien Hochschullandschaft, einschließlich der Zugänge für Jugendliche aus bildungsarmen Haushalten
- den Erhalt und Ausbau von preiswertem Wohnraum auch in zentrumsnahen Stadtteilen, insbesondere der Studentenwohnheime
- eine studierendengerechte Mobilität durch mehr Radwege zu den Hochschulstandorten und flexible Anpassung des ÖPNV zu den Stoßzeiten im Hochschulbereich sowie eine günstige Kostenstruktur für Studierentickets bei den Leipziger Verkehrsbetrieben und im Mitteldeutschen Verkehrsverbund
- ein Verbot von militärischer Forschung und die Umsetzung der Zivilklausel an der Universität Leipzig und der Hochschule für Technik, Wirtschaft und Kultur (HTWK)
- die Abschaffung der Zweitwohnsitzsteuer für Studierende.

2.4. Würdevolles Leben und Teilhabe im Alter

Selbstbestimmtes Altern in Würde ist ein unveräußerliches Menschenrecht und ein Lebensabschnitt mit eigenen Bedürfnissen und Ansprüchen. Ältere Menschen wollen sich gleichberechtigt in den gesellschaftlichen Alltag einbringen und bürgerschaftlich engagieren. Dazu bedarf es geeigneter Rahmenbedingungen wie der altersgerechten Gestaltung des Wohnumfeldes, entsprechenden Verkehrslösungen und tragfähigen Bedingungen in der Gesundheitsversorgung und Pflege. Zu einer lebenswerten Stadt gehört aber auch, dass sich alle Generationen begegnen, sich unterstützen und voneinander lernen können.

In den letzten Jahren hat sich Leipzig zwar erfreulicherweise verjüngt, aber immerhin ein Drittel der Bevölkerung befindet sich inzwischen im Seniorenalter (55+). In Leipzig nimmt leider die Altersarmut zu und zukünftig werden deutlich mehr Personen im Rentenalter armutsgefährdet sein.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- mehr Mitwirkungsmöglichkeiten für Ältere in den sozialen, kulturellen und politischen Bereichen des städtischen Lebens
- die zeitnahe Erarbeitung eines Rahmenkonzepts für senior*innengerechte Quartiersentwicklung und dessen Umsetzung
- den Bau von wesentlich mehr altengerechten Wohnungen und den Umbau bestehender Wohnungen sowie die Umsetzung der entsprechenden Vorhaben im Wohnungspolitischen Konzept (Fortschreibung 2015)
- ein Tarifsystem im ÖPNV, das für Senior*innen bezahlbar ist
- einen gleichberechtigten Zugang von älteren Menschen mit Migrationshintergrund zu gesundheitlichen und pflegerischen Versorgungsleistungen
- eine Stadt der kurzen Wege (Ärzt*innen, Einkaufsmöglichkeiten usw. in der Nähe)
- die Förderung von Mehrgenerationenwohnprojekten, auch im Bereich des sozialen Wohnungsbaus

- die verstärkte und flächendeckende Förderung von generationsübergreifenden Projekten
- eine zentrale Pflegekoordinationsstelle der Stadt Leipzig die per Telefon, im Internet und mit stadtteilspezifischen Broschüren ältere Menschen über stationäre und ambulante Pflegeeinrichtungen informiert und Platzkapazitäten auflistet, sowie über barrierefreie Kultur- und Freizeitmöglichkeiten informiert und entsprechend vermittelt.

2.5. Gleichstellung aller Geschlechter

Die LINKE kämpft für ein offenes und gleichberechtigtes Miteinander aller Menschen – egal welchen Geschlechts – und eine tatsächliche Gleichstellung in sämtlichen Lebensbereichen. Daher fördern wir die breite Akzeptanz von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, trans-, intergeschlechtlichen Menschen und Queers (LSBTIQ*). Die Anerkennung, Akzeptanz und Unterstützung vielfältiger Formen des familiären Zusammenlebens und sozialen Miteinanders und der Kampf für Rechte aller Betroffenen sind für uns selbstverständlich. Gleichstellung ist eine Querschnittsaufgabe und muss in allen Bereichen kommunaler Entscheidungen mitgedacht werden.

Leipzig ist ein Spiegelbild der gesamtdeutschen Realität. Nach wie vor finden wir soziale Benachteiligung von FTI*s (Frauen*, Trans- und Intersexuelle) und einen hohen weiblichen Anteil unter den geringfügig Beschäftigten. Das Lohngefälle zwischen Männern und FTI* ist unverändert signifikant und beträgt derzeit 21 Prozent (bundesweit). Daraus folgt die große Gefahr der Altersarmut. FTI* sitzen darüber hinaus weniger in den Chefetagen, auch bei der LVV ist das so. Familiäre und außerfamiliäre Fürsorge wird immer noch größtenteils von FTI* geschultert, oft unentgeltlich oder schlecht entlohnt. Auch Hausarbeit ist weiterhin oft ungleich verteilt. FTI* werden Opfer häuslicher und sexualisierter Gewalt. In Leipzig registrierte die Polizei 2017 insgesamt 2.771 solcher Fälle und 279 Fälle von Stalking.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- eine geschlechtersensible Folgenabschätzung bei allen kommunalpolitischen Entscheidungen (Umsetzung des Gender-Mainstreaming)
- eine geschlechts- und familienspezifische Datenerhebung und Sozialberichterstattung
- die Stärkung des Gleichstellungsreferats sowie die rechtzeitige Einbeziehung des Gleichstellungsreferats und des Gleichstellungsbeirats bei kommunalen Entscheidungen
- die Aktualisierung und konsequente Umsetzung von Förderplänen für Frauen*, Trans- und Interpersonen in allen Bereichen der Stadtverwaltung, städtischen Betrieben und Unternehmen mit städtischer Beteiligung
- die Einführung einer Quote für die paritätische Besetzung von Leitungsfunktionen in der Stadtverwaltung und in kommunalen Unternehmen
- die paritätische Besetzung bei der Auswahl der Referent*innen für sämtliche kommunalen und durch die Kommune geförderten Veranstaltungen
- den Erhalt und die finanzielle Absicherung bestehender Betroffenen- und Kinderschutzhäuser (drei Frauen*- und Kinderschutzhäuser sowie eine Männerschutzwohnung)
- die Stärkung des Netzwerkes gegen häusliche Gewalt und Stalking; Runder Tisch gegen Gewalt an Frauen*

- den weiteren Ausbau von spezialisierten Frauen*beratungsstellen
- die finanzielle und personelle Sicherung der Gewaltopferambulanz am Institut für Rechtsmedizin des Uniklinikums Leipzig
- die verpflichtende Fortbildung zum Thema Gewaltschutz im Jugendamt und Sozialamt
- eine offizielle Beteiligung der Stadt am jährlichen Equal Pay Day ab 2020
- die aktive Unterstützung und Förderung von erwerbslosen und geringfügig-beschäftigten Alleinerziehenden beim Einstieg bzw. Wiedereinstieg in eine Berufstätigkeit mit existenzsicherndem Familieneinkommen
- die Überwindung jeglicher Diskriminierung von Menschen mit gleich- und mehrgeschlechtlicher sexueller Orientierung und den gesicherten Erhalt von Schwulen- und Lesbenzentren sowie Beratungsstellen für LSBTIQ* (z.B. RosaLinde Leipzig e.V.)
- die Stärkung der Position der Beauftragten für gleichgeschlechtliche Lebensweise
- weitere Maßnahmen gegen sexistische Werbung
- mehr Maßnahmen zur Unterstützung migrantischer Betroffenen (z. B. durch Sprachmittler*innen)
- eine Erinnerungskultur zur Sichtbarmachung der Geschichte von Lesben, Schwulen, Queers, Bisexuellen sowie trans- und intergeschlechtlichen Menschen
- die Unterstützung des Arbeitskreises Sexarbeit
- eine Begegnungsstätte, um die Zusage der Stadt nach dem Abriss des Henriette-Goldschmidt-Hauses einzulösen
- die Ablehnung aller Kürzungen im Bereich von Projekten und Vereinen, die für Gleichstellung kämpfen.

2.6. Inklusives Denken und Handeln fördern

Wir bekennen uns auf der Grundlage der 2006 ratifizierten UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung zur inklusiv gestalteten Gesellschaft. Inklusion und die Teilhabe von Menschen mit Behinderung bilden ein Querschnittsthema, welches viele Lebensbereiche betrifft. Barrierefreiheit hilft uns allen: Nach einem Unfall, im hohen Alter, mit einem Kinderwagen oder älteren Menschen. Mehr als ein Zehntel der Leipziger*innen sind von Behinderungen und chronischen Krankheiten betroffen. Manches hat sich in den letzten Jahren positiv verändert, um diesen Menschen die selbstbestimmte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu erleichtern. Mit dem nach langem Diskussionsprozess beschlossenen Teilhabeplan hat Leipzig Ende 2017 eine wichtige Voraussetzung für mehr Inklusion in unserer Stadt geschaffen. Auf dessen Grundlage bleibt aber noch viel zu tun, um Leipzig in allen Stadtteilen barrierefrei zu gestalten. Noch zu oft scheitern notwendige und mögliche Lösungen an Unwissenheit oder an vermeintlichen Sparzwängen.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- die vollständige Umsetzung des Teilhabeplans der Stadt Leipzig 2017 bis 2024 „Auf dem Weg zur Inklusion!“
- die Stärkung des Behindertenbeirates
- den barrierefreien Zugang zu allen Einrichtungen und Dienstleistungsangeboten der Stadtverwaltung, einschließlich der Wahllokale

- die Verringerung von Bearbeitungszeiten bei Belangen von Menschen mit Behinderungen auf möglichst vier Wochen
- mehr Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderungen in der Stadtverwaltung und den Eigenbetrieben
- den Ausbau der gemeinsamen Betreuung von Kindern mit und ohne Behinderung in Komplexkindertagesstätten
- mehr barrierefreie Wohnungen in allen Stadtteilen zu erschwinglichen Mieten
- die beschleunigte barrierefreie Gestaltung des ÖPNV durch die flächendeckende Einführung von Fahrzeugen mit Niederflurtechnik und die entsprechende Anpassung der Haltestellen durch die Absenkung der Bordsteine
- die Erweiterung des Blindenleitsystems, die Kennzeichnung von Stufen und anderen Hindernissen mit Signalfarben sowie die Ausstattung weiterer Straßenquerungen mit akustischen Ampeln.

2.7. Für eine stabile medizinische Versorgung und gute Pflege

Leipzig verfügt über ein vergleichsweise hohes Niveau bei der ambulanten und stationären medizinischen Versorgung. Nicht zuletzt durch das Bevölkerungswachstum und den demografischen Wandel werden auch in diesem Bereich die Herausforderungen zunehmen. Schon heute ist ein Mangel an Ärzt*innen und qualifiziertem Pflegepersonal spürbar. Insgesamt haben wir dafür Sorge zu tragen, dass alle Einwohner*innen, unabhängig von Alter und Einkommen, auch künftig medizinisch gut versorgt werden.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- den Erhalt und Ausbau kommunaler Gesundheits- und Sozialeinrichtungen, insbesondere eine Stabilisierung des städtischen Klinikums St. Georg und des dort angebotenen Medizinischen Versorgungszentrums (MVZ)
- einen Zuschuss zum städtischen Klinikum St. Georg aus Haushaltsmitteln
- die Unterstützung bei der weiteren Einrichtung von MVZ, vor allem in unterversorgten Ortsteilen
- die personelle Stärkung des öffentlichen Gesundheitsdienstes, insbesondere um die empfohlenen Untersuchungen bei Kindern flächendeckend zu gewährleisten
- den Ausbau und die Qualitätssicherung sowie bessere Vernetzung der Suchtprävention vor allem für junge Menschen sowie die stärkere Förderung von Ausstiegsprogrammen für alle Suchterkrankten
- den Umbau und die Modernisierung der Suchtberatungs- und Behandlungsstelle „Haus Alt-Schönefeld“
- den Abbau des Pflegekräftemangels und die bessere Bezahlung sowie mehr Ausbildung von Pflegekräften
- die finanzielle Stärkung der Aids-Hilfe
- die interkulturelle Öffnung und Mehrsprachigkeit der kommunalen Gesundheitsdienste und Akteur*innen der Drogenhilfe
- die interkulturelle Öffnung und damit kultursensible Pflege, die besonderen Bedürfnissen von pflegebedürftigen Migrant*innen Rechnung trägt

- die Einführung einer elektronischen Gesundheitskarte für Geflüchtete, die Leistungen nach Asylbewerberleistungsgesetz beziehen und damit den Abbau von Barrieren beim Zugang zu Gesundheitsleistungen
- die Etablierung eines Modellprojektes zur medizinischen Versorgung von Menschen ohne Papiere und Krankenversicherung in Zusammenarbeit mit Medinetz Leipzig e.V.

2.8. Öffentliche und persönliche Sicherheit durch Prävention

Leipzig nimmt mit seiner Kriminalitätslage im Freistaat Sachsen seit Jahren eine besondere Stellung ein. Das spiegelt sich in der Landespolitik und insbesondere bei der Personalverteilung der Polizei noch nicht adäquat wider. Wir wissen, dass die öffentliche und persönliche Sicherheit und der Schutz vor Kriminalität weiterhin im Fokus der Bevölkerung stehen, wobei es einen großen Unterschied zwischen dem individuellen Sicherheitsempfinden und der objektiven Sicherheitslage gibt. Mit der Verstärkung der Polizei und der Aufstockung des Stadtordnungsdienstes wurde darauf in den letzten Jahren reagiert.

Gleichwohl bedeutet linke Ordnungs- und Sicherheitspolitik in erster Linie Prävention. Für uns heißt das nicht die Verschärfung des Polizeirechts oder mehr Repression wie z. B. Videoüberwachung oder verdachtsunabhängige Kontrollen, sondern mehr soziale Teilhabe, um die Ursachen von Gewalt und Straftaten gesamtgesellschaftlich zu verringern. Ein autoritäres Sicherheitsdenken und die darauf beruhende Law-and-order-Politik lehnen wir ab. Unsere Toleranz endet jedoch dort, wo Menschen seelisch und körperlich bedroht und verletzt sowie öffentliches und privates Eigentum durch Vandalismus beschädigt oder zerstört werden.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- eine konsequente Beachtung der berechtigten Sicherheitsbedürfnisse aller Menschen
- den Erhalt von Mischnutzungen in den Stadtteilen, denn eine stabile Mischung von Wohnen, Arbeiten und Einkaufen gewährleistet lebendige Stadtteile, in denen nachbarschaftliche Fürsorge einen Schutz vor Kriminalität bieten kann
- eine bessere Berücksichtigung kriminalitätssenkender Faktoren in der Stadtgestaltung, insbesondere bei der Verkehrsinfrastruktur und bei Neubauten (offene Straßengestaltung, Straßenbeleuchtung usw.), um Angsträume zu verhindern
- mehr Präventionsarbeit an allen Kitas und Schulen sowie in Sportvereinen in Zusammenarbeit von Jugendamt, Polizei und freien Trägern
- die Vertiefung der Sicherheitspartnerschaft zwischen Ordnungsamt, Polizei und Kleingartenvereinen durch mehr finanzielle Mittel für Aufklärung und technische Prävention
- mehr finanzielle Mittel und personelle Ausstattung für die zielgerichtete Vertiefung der Arbeit des Kommunalen Präventionsrates in den Stadtteilen unter Einbeziehung der zivilgesellschaftlichen Akteur*innen vor Ort (Bürger*innenvereine, Wagenplätze, Stadtteilcafés, Quartiersmanagement usw.)
- den Ausbau des Systems der ehrenamtlichen Seniorensicherheitsberater*innen
- die Stärkung der interkulturellen Kompetenz der Sicherheitsbehörden durch eine gezielte Ansprache und Einstellung von Menschen mit Migrationshintergrund
- mehr Bürger*innenpolizei mit bürger*innenfreundlichen Sprechzeiten in allen Ortsteilen

- die weitere personelle Stärkung des Stadtordnungsdienstes mit jährlich zehn Planstellen in den Jahren 2019/2020 und dessen verstärkter Einsatz in den Ortsteilen unter Gewährleistung des finanziellen Mehrbedarfs durch das Land
- die Aktualisierung der sucht- und drogenpolitischen Leitlinien der Stadt Leipzig aus dem Jahr 2013 entsprechend der gegenwärtigen Erfordernisse, insbesondere unter dem Aspekt der überdurchschnittlich hohen Beschaffungskriminalität im Zusammenhang mit Betäubungsmittelabhängigkeit
- die Möglichkeit des straffreien Konsumierens von mitgeführten Drogen durch die Einrichtung eines ärztlich betreuten Drogenkonsumraumes
- die Reduzierung der Fahrraddiebstähle durch eine Offensive für abschließbare Fahrradgaragen und -boxen
- eine kritische Bestandsaufnahme von privaten Videokameras im öffentlichen Raum, deren Veröffentlichung in einem „Überwachungstransparenz-Stadtplan“ und die Abschaffung von stationärer Videoüberwachung im öffentlichen Raum
- eine kritische Überprüfung der Waffenverbotszone im Leipziger Osten
- ein sauberes Stadtbild durch personelle, technische und finanzielle Stärkung der Stadtreinigung für mehr Papierkörbe sowie für mehr Aufklärung zu den Sammelsystemen, um illegale Müllablagerungen und damit verbundene Umweltschäden zu verhindern
- die Entschärfung der Polizeiverordnung und Sondernutzungssatzung in Bezug auf Straßenmusiker*innen und bettelnde Menschen
- die Gewährleistung der gesetzlich vorgeschriebenen Hilfsfristen bei Feuerwehr und Rettungsdienst durch eine entsprechende Personalausstattung und zeitgemäße Rettungsmittel.

3. Für eine nachhaltige Stadtentwicklung

Nahezu alle Bereiche unseres Lebens sind vom Wachstums- und Beschleunigungsdenken geprägt. Die damit eng verknüpfte neoliberale Wirtschaftsweise führt allerdings immer stärker zu sozialen und ökologischen Krisen und damit zur Zerstörung unserer natürlichen Lebensgrundlagen. Diesen Zusammenhang spüren wir sowohl global und national als auch lokal – hier vor Ort. Schlechte Luft in der Stadt sowie schrumpfende Freiräume und Grünflächen sind nur zwei Beispiele dafür, dass auch Leipzig vor enormen Herausforderungen für eine wirklich nachhaltige Stadtentwicklung steht. Auf dem Weg zur sozial-ökologischen Transformation unserer Stadt sind verantwortungsvolle und innovative Lösungen in vielen Bereichen gefragt, u. a. im kommunalen Klimaschutz sowie der städtischen Bodenpolitik, die wir gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern entwickeln und umsetzen möchten. Die Frage, wie wir das Zusammenleben in Zukunft sozial und ökologisch gerechter gestalten und welche Rolle dabei eine solidarische Lebensweise sowie die Überwindung einer Wachstumsgesellschaft spielen können, ist für DIE LINKE eine der zentralen Herausforderungen.

3.1. Für eine zügige und soziale Energiewende und klimagerechte Stadtentwicklung

Die massive Zunahme von Extremwetterereignissen, der steigende Meeresspiegel und sich ausbreitende Wüsten sind Zeugnisse des weltweiten Klimawandels, der auch in Leipzig spürbar ist. Ohne wirksame Maßnahmen gegen den Klimawandel nehmen diese Folgen der Erderwärmung künftig erheblich zu. Auch Leipzig muss deshalb seine Klimaschutzmaßnahmen intensivieren und zugleich die sozial-ökologische Transformation der Stadt vorantreiben. In den letzten Jahren wichen häufig Grünflächen der baulichen Verdichtung. Diese Entwicklung hat einen erheblichen Einfluss auf die biologische Vielfalt, das Klima, die Luft- und damit auch auf die Lebensqualität der Menschen in Leipzig. Bisher sind die Umweltqualitätsziele nicht ausreichend umgesetzt. Als zentrale Aufgabe der Energiewende sehen wir die Einsparungspotenziale in den Bereichen Wärme, Strom, Wasser und Verkehr zügiger zu erschließen und die energetische Basis versorgungssicher auf Erneuerbare Energien auszurichten. Kein Dorf, kein grüner Landstrich darf künftig noch für das Kohlekraftwerk Lippendorf abgebaggert werden. Für eine klimagerechte Stadtentwicklung führt kein Weg an einer Umsetzung der Alternativen zur Ablösung der Fernwärmenutzung aus dem Kraftwerk Lippendorf bis 2025 vorbei. In der Folge ist die Ablösung von Erdgas durch regenerative Energieträger anzustreben.

Deshalb treten wir ein für:

- die weitere Umsetzung der Klimaanpassungsstrategie
- die stärkere Nutzung der energetischen Potenziale solartauglicher Dachflächen
- die Realisierung einer umfassenden Gründach- und Grünfassadenstrategie
- für verbindliche Standards für klimafreundliche, energieeffiziente Gebäudestrukturen
- den stärkeren Ausbau der erneuerbaren Energie der Stadtwerke
- die Bildung einer regionalen Energieagentur
- die Erarbeitung konkreter Alternativen zur Fernwärme aus Lippendorf
- den Ausbau der Bürger*innenenergie als dezentrale und unabhängige Energiequelle

- transparentere Vergabeverfahren für Brachen auf der Basis von sozial-ökologischen Kriterien
- eine konsequente Realisierung der Maßnahmen des Energie- und Klimaschutzprogramms sowie regelmäßige Fortschreibung derselben
- die Beibehaltung und Schaffung von Frischluftschneisen und städtischen Kältekonzepten, um Hitzeperioden besser bewältigen zu können
- ökologisch nachhaltige Entwicklung des Leipziger Neuseenlands und der Hafenprojekte als naturnahe Erholungsmöglichkeiten und zugleich als Aufwertung stadtklimatischer Bedingungen
- die ausreichende Finanzierung des Lärmaktions- und des Luftreinhalteplans sowie deren konsequenter Umsetzung
- die Reduktion von Lichtverschmutzung im öffentlichen Raum
- die Wiederverwendung und das Recycling nicht vermeidbarer Abfälle und die Stärkung regionaler Wertstoffkreisläufe
- ein Verbot von „Heizpilzen“
- den Schutz der Trinkwasserressourcen; kein Verkauf des Wassergutes Canitz
- eine wassersensible Stadtentwicklung
- eine Abwasserbeseitigung auf höchstem technischem Niveau mit stringenten und zeitnahen Investitionen in der Abwasserinfrastruktur.

3.2. Leben in einer Grünen Stadt

In einer stark wachsenden Kommune wie Leipzig nimmt der Nutzungsdruck in den von Stadtgrün und Gewässern geprägten Freiräumen zu. Diese Freiflächen sind jedoch wichtig, da sie als Belüftungsachsen fungieren. Außerdem sorgen die begrünten Flächen für einen Kühleffekt für die „Wärmeinsel Stadt“. Sollten diese Flächen verschwinden, fehlen wichtige Entwicklungsräume für Pflanzen sowie Rückzugsräume und Futterstellen für viele Tierarten. Umso wichtiger sind Erhalt und Pflege der 270 Leipziger Kleingartenanlagen, die sich zumeist im Eigentum der Stadt befinden und einen zentralen Baustein im Grünsystem der Stadt bilden. Auch die Landwirtschaftsflächen in Leipzig sind zu erhalten. Diese Flächen dienen neben der Produktion von Nahrungsmitteln auch der Erhaltung der Biodiversität, dem Klimaschutz und mit Wald- und Wasserflächen einer Raumgliederung, die für die Naherholung eine wichtige Funktion hat. Auch Wild- und Haustiere bedürfen unseres Schutzes. Haustiere müssen artgerecht gehalten und angemessen versorgt werden.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- eine frühzeitige Festschreibung von zu schützenden Grünflächen im Flächennutzungsplan
- Vorhalten kommunaler Gelder zum Erwerb von schützenswerten Flächen
- die Errichtung von zusätzlichen Parks und Naherholungsgebieten
- die Bereitstellung der nötigen Finanzmittel für den Erhalt des Auwaldes, des Wildparks sowie denkmalgeschützter Parkanlagen
- die Verhinderung weiterer baulicher Eingriffe im Leipziger Auwald
- die Gewährleistung einer natürlichen Überflutung des Leipziger Auwaldes
- eine Entwicklung von Gärten zu Oasen der Biodiversität und Artenvielfalt

- die weitere Unterstützung der Kleingartenvereine bei der Entwicklung und dem Erhalt ihrer Anlagen zu Zentren der Naherholung und der aktiven Freizeitgestaltung
- ein Konzept zur Biotopvernetzung für das gesamte Stadtgebiet
- die Vermittlung ökologischer Bildungsangebote
- die konsequente Umsetzung und Finanzierung des Straßenbaumkonzepts der Stadt Leipzig
- die ausreichende Finanzierung für die Unterbringung und Versorgung von Fundtieren
- die Schaffung neuer und Aufwertung bestehender Freiflächen für Hunde, zum Beispiel durch Hundetoiletten und Schaffung von mehr Hundewiesen
- ein stärkeres Engagement gegenüber dem Freistaat Sachsen für die Einführung einer allgemeinen Chippflicht für Hunde und für ein Verbandsklagerecht im Tier- und Naturschutz.

3.3. Freiräume erhalten und Bauflächen verantwortungsvoll nutzen

Der öffentliche Raum steht auch in Leipzig zunehmend unter Druck. In unserer wachsenden Stadt gibt es einen enormen Bedarf an Neubauf Flächen für Wohn- und Gewerbeimmobilien bzw. öffentliche Einrichtungen. Schon heute ist die Zahl der vorhandenen Freiflächen in Leipzig gesunken. Vor allem in der Innenstadt fehlen attraktive Aufenthalts- und Verweilräume. Nach dem Prinzip der „Stadt der kurzen Wege“ ist eine Nachverdichtung der bestehenden Bebauung wichtig, jedoch nicht um jeden Preis. Es bedarf einer gründlichen Prüfung, unter Einbeziehung der Leipziger*innen, ob die Freiräume für eine Bebauung aufgegeben werden sollen bzw. müssen. Mit den neuversiegelten Flächen müssen wir somit besonders verantwortlich umgehen. Dabei muss eine ausgewogene Mischung verschiedener Nutzungsformen im Vordergrund stehen.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- die Prüfung sämtlicher Grünflächen nach ihrem ökologischen, klimatischen und sozialen Wert für das jeweilige Stadtviertel
- ein ausgeglichenes Verhältnis von Ver- und Entsiegelung neuer Bodenflächen
- den Erhalt von Gewerberäumen auch in innerstädtischen Lagen
- eine stärkere Beachtung der Strömungsverhältnisse zum Luftaustausch bei Nachverdichtung sowie die Vermeidung von Hitzeinseln durch aktive Begrünung und Wasser-Reservoirs
- die vertikale Nutzungsmischung von Wohn- und Gewerbeeinheiten
- die grundsätzlich mehrgeschossige Bebauung von Baulücken
- die Berücksichtigung grüner Architektur beim Neubau von öffentlichen Einrichtungen und für den Bau von Null-Emissionshäusern, wo es technisch machbar und wirtschaftlich plausibel ist
- die Konzentration der Siedlungsentwicklung auf das direkte Umfeld von Stationen des ÖPNV und die Stärkung der Stadtteil-Zentren an den Haltestellen des ÖPNV
- die Förderung der Vielzahl kleiner Leipziger Läden in den Wohngebieten für eine wohnortnahe Versorgung
- die ganztägige öffentliche Nutzung von städtischen Flächen, wie z. B. Schulhöfen

- soziale und kommunikative stadtdenunspolitische statt repressiver Lösungsmeehanismen bei Nutzungskonflikten im öffentlichen Raum, zum Beispiel durch den verstärkten Einsatz von Streetworker*innen
- den Erhalt von Flächen in öffentlicher Hand, zum Beispiel um den Hauptbahnhof
- die Schaffung kostenfreier öffentlicher Toiletten im Innenstadtbereich und an stark frequentierten Orten in den Stadtbezirken
- das Projekt „nette Toilette“, bei dem teilnehmende Gastronom*innen eine Entschädigung erhalten, sofern sie ihre Toiletten kostenlos zur Verfügung stellen
- den Ausbau von Trinkwasserbrunnen im Stadtgebiet
- die Schaffung zusätzlicher Sitzmöglichkeiten, Grünbereiche und Spielgelegenheiten in der Innenstadt.

3.4. Soziale Bodenpolitik kontra Grundstücksspekulation

Die Spekulation mit Grundstücken lässt die Bodenpreise explodieren. In der aktuellen Niedrigzinsphase bieten Immobilien und Grundstücke attraktive Anlagemöglichkeiten, mit der Folge dramatischer Preissteigerungen. Seit 2015 haben sich die Bodenpreise in Leipzig vervielfacht. Die Erlöse aus dem Verkauf werden von den Eigentümer*innen als leistungsloser Gewinn eingestrichen, während der Neubau bezahlbarer Wohnungen und Gewerberäume kaum noch möglich ist. Noch verfügt Leipzig über eigene Flächen, die für den Bau bezahlbarer Wohnungen und für eine soziale Stadtentwicklung genutzt werden können. Flächen im öffentlichen Eigentum müssen jedoch öffentliches Eigentum bleiben. Sie dürfen nur noch in Ausnahmefällen im Erbbaurecht an Dritte vergeben werden. Mit dem spekulativen Leerstand des Bodens lässt sich mittlerweile mehr Geld verdienen als mit der Bebauung von Baulücken. Um Spekulationen zu stoppen und die Bodenpreise zu stabilisieren, ist ein Umdenken in der kommunalen Bodenpolitik notwendig.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- eine strategische Liegenschaftspolitik, bei der für die Entwicklung der öffentlichen Daseinsvorsorge benötigte Flächen frühzeitig angekauft werden; dabei soll die Stadt stärker von ihrem Vorkaufsrecht Gebrauch machen
- den konsequenten Ankauf von Grundstücken und Gebäuden, die von der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben zum Verkauf gestellt werden
- eine Quote von mindestens 50 Prozent Sozialwohnungen mit einer möglichst langen Belegungsbindung beim Neubau von Stadtquartieren
- die Förderung einer aktiven Bodenvorratspolitik durch die Einrichtung eines gemeinwohlorientierten und revolvingierenden Leipziger Bodenfonds (ein Fonds, dessen Ressourcen durch die Erlöse aus damit finanzierten Projekten aufgefüllt werden). In den Bodenfonds sollen alle nicht unmittelbar der eigenen Aufgabenerfüllung dienenden kommunalen Grundstücke eingebracht werden (Vorratsgrundstücke). Freigaben und Neubedarfe von Grundstücken werden zwischen dem Bodenfonds und den städtischen Nutzerressorts am Verkehrswert orientiert verrechnet
- einen Verkaufsstopp städtischer Grundstücke an private und rein profitorientierte Investoren
- die Stärkung und den Ausbau öffentlicher Beteiligungsprozesse bei der Stadtentwicklung
- die Unterstützung von Non-Profit-Organisationen, wie z. B. dem Mietshäuser Syndikat

- die Bereitstellung öffentlicher Freiflächen für gemeinnützige Nachbarschaftsgärten sowie die vertragliche Festschreibung einer garantierten Nutzungsdauer
- eine bauliche und soziale Stabilisierung benachteiligter Ortsteile wie Volkmarsdorf oder Schönefeld.

3.5. Global denken – lokal Handeln

Der wachstumsfixierte Kapitalismus erzeugt weltweit vielfältige, sich zuspitzende Krisen. Wir leiten daraus ab, in Leipzig das Motto „Global denken – lokal handeln“ stärker als bisher mit Leben zu erfüllen. Globales Denken heißt für uns, gegen die zahlreichen Missstände und Ausbeutungsstrukturen zu kämpfen, die der neoliberale Kapitalismus vor allem im globalen Süden erzeugt und von denen wir – wenngleich unterschiedlich stark – profitieren. Lokales Handeln heißt für uns, aus dieser strukturellen Ungerechtigkeit konkrete und lokale politische Konsequenzen zu ziehen. Eine Maßnahme besteht im substanziellen Ausbau lokaler Produktions- und Vertriebsstrukturen, um umweltschädliche Transporte zu verringern und lokale Unternehmen zu stärken. Wir begrüßen daher die Gründung eines Ernährungsrats in Leipzig. Weiterhin nehmen wir mit Freude zur Kenntnis, dass Leipzig eines der Zentren der größer werdenden Postwachstumsbewegung ist. Auch hier werden wir uns künftig stärker an Diskussionen beteiligen, die die Überwindung der kapitalistischen Wachstumsgesellschaft zum Ziel haben. Nachhaltige Stadtentwicklung bedeutet für uns auch, die Stadt-Umland-Kooperation zu stärken, denn Stadtentwicklung hört nicht an den Stadtgrenzen auf.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- einen eigenen Fördertopf „sozial-ökologische Stadtentwicklung“, aus dem entsprechende Initiativen möglichst aufwandsarm Fördermittel beantragen können
- eine kommunale Unterstützung des Leipziger Ernährungsrats
- eine stärkere Regionalisierung von Wirtschafts- und Warenkreisläufen
- den Erhalt und die Förderung landwirtschaftlicher Nutzungsflächen, insbesondere den ökologischen Landbau im Stadtgebiet
- einen besseren ÖPNV zwischen Leipzig und dem Umland, um den Autopendler*innenverkehr zu reduzieren
- mehr Kooperation mit dem Umland auf Augenhöhe, insbesondere beim Hochwasserschutz und im Touristikbereich (Neuseenland).

4. Für ein Recht auf Stadt und bezahlbares Wohnen

Wohnen ist bei einem Mieter*innenanteil von knapp 90 Prozent der Bevölkerung derzeit in Leipzig neben fehlenden Schul- und Kitaplätzen das soziale Hauptthema. Der Wohnungsmarkt ist inzwischen sehr angespannt und von zwei zentralen Problemen charakterisiert: Erstens finden in verschiedenen Stadtgebieten signifikante Verdrängungsprozesse (Gentrifizierung) statt, die in wachsendem Maße zu sozialen Ausdifferenzierungen (Segregation) führen. Zweitens wächst beständig der Mangel an bezahlbaren Wohnungen, insbesondere für einkommensarme Haushalte. Die Leipziger LINKE ist die Partei der Mieter*innen und setzt sich vor allem dafür ein, dass möglichst schnell preiswerte Wohnungen in allen Stadtteilen bereitgestellt und der Preisanstieg bei Bestandswohnungsmieten gedämpft werden. Wir werden uns gegenüber Bund und Land für eine neue Offensive im sozialen Wohnungsbau einsetzen. Leipzig zählte in den vergangenen Jahren zu den am schnellsten wachsenden Großstädten der Bundesrepublik. Auf Grund der Bevölkerungsprognose ist mit einem Mehrbedarf von zusätzlich 30.000 bis 60.000 Wohnungen bis 2030 zu rechnen. Die Leerstandsquote ist innerhalb der letzten sieben Jahre von 12 Prozent auf zwei Prozent gesunken. Sollte der Leerstand weiter sinken, droht die Umzugsmobilität innerhalb Leipzigs zum Erliegen zu kommen. Allein im Jahr 2017 betrug der Gesamtumsatz des Leipziger Liegenschaftsmarktes 2,8 Mrd. Euro. Zum Vergleich dazu: im Jahr 2010 waren es „nur“ 960 Mio. Euro. Der Druck der Immobilienpreise wird weiter die Angebotsmieten und Bestandsmieten in die Höhe treiben. Zuvorderst trifft das die Mieter*innen dieser Stadt.

4.1. Bezahlbares Wohnen für alle!

In den Ballungsräumen Deutschlands versagen die Marktmechanismen, ausreichenden Wohnraum zu gewährleisten. Aus Sicht der LINKEN muss die Stadt Leipzig alles dafür tun, damit Wohnen für alle Leipziger*innen bezahlbar bleibt. Die Gesamtmietbelastung in Leipzig beträgt durchschnittlich 30 Prozent des Einkommens und ist damit anteilig höher als in München. Mieterhöhungen bringen somit viele Leipziger*innen an ihre ökonomischen Grenzen.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- bezahlbaren Wohnraum, damit Menschen nicht mehr als 30 Prozent ihres Nettohaushaltseinkommens für Miete aufbringen müssen
- die konsequente Ausrichtung der gesamten Stadtverwaltung Leipzig, die sich anbahnende Wohnungsnot entschieden zu bekämpfen
- die zügige Einführung sozialer Erhaltungssatzungen, worin Sozialpläne zu integrieren sind
- Kündigungsschutzklausel-Verordnungen für notwendige Stadtgebiete, um die Mieter*innen besser vor Verdrängung und Entmietung zu schützen
- Maßnahmen gegen „stille Entmietungen“ durch den gezielten Verzicht auf Instandhaltung
- die aktive städtische Aufforderung an Eigentümer*innen, ihre leerstehenden Gebäude durch bauliche Sicherheitsmaßnahmen vor dem Verfall zu retten

- die umfassende Anwendung einer funktionierenden Mietpreisbremse beim Abschluss von Mietverträgen
- die jährliche Anpassung der Kosten der Unterkunft an die reelle Wohnkostenentwicklung
- eine Clearingstelle zwischen mietende und vermietende Person sowie eine unabhängige, niedrighschwellige kostenfreie Mieter*innenberatung, die durch die Stadt finanziert wird
- die konsequente Bekämpfung von spekulativem Leerstand durch geeignete Maßnahmen wie die Einführung eines Leerstandkatasters sowie Geldbußen für Eigentümer*innen, die Wohnungen länger als ein Jahr grundlos leer stehen lassen
- kooperative, selbstbestimmte und solidarisch agierende Wohnformen wie z. B. Wagenplätze
- die weitere Einschränkung des Rechts auf Eigenbedarfskündigungen
- die schnelle Unterbringung von Geflüchteten in eigenem Wohnraum anstatt in Sammelunterkünften
- die Schaffung und Unterstützung von Mechanismen, die rassistische Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt verhindern
- die Durchsetzung strikter Verbote von Zweckentfremdungen von Wohnraum.

4.2. Gesellschaftliche Verantwortung der LWB stärken

Die Leipziger Wohnungsbaugesellschaft ist mit ihren rund 35.000 Wohneinheiten stadtweit das größte Wohnungsunternehmen und damit der wichtigste wohnungspolitische Hebel, über den die Kommune verfügt. Verkaufsabsichten wie in den 2000er Jahren, auch von Teilbeständen, lehnen wir kategorisch ab. Wir wollen die LWB weiter stärken und zugleich in die Pflicht nehmen.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- die Tauglichkeit von 50 Prozent des LWB-Wohnungsbestandes für Kosten der Unterkunft
- ein Zwangsräumungsmoratorium für Mieter*innen der LWB (Housing-First); in problematischen Fällen müssen sämtliche Hilfesysteme herangezogen werden, um Obdachlosigkeit zu verhindern
- die Erweiterung des Wohnungsbestandes auf über 40.000 Wohneinheiten; vorrangig soll die Erweiterung in jenen Stadtbezirken erfolgen, in denen der Anteil der LWB-Wohnungen derzeit unter fünf Prozent liegt. Für die Erreichung dieses Zieles soll die Stadt Leipzig die LWB auch finanziell unterstützen.
- Sanierungsmaßnahmen, die neben energetischen Effekten auch auf die Senkung der Bewirtschaftungskosten abzielen; dabei sind die Mieter*innen einzubeziehen und Modernisierungsvereinbarungen mit ihnen abzuschließen
- einen Sitz des Mieter*innenbeirats im LWB-Aufsichtsrat, um die Rechte der Mieter*innen zu stärken.

4.3. Wohnungsgenossenschaften – wichtige Partner

Die Leipziger LINKE unterstützt den Genossenschaftsgedanken. Die Wohnungsgenossenschaften sehen wir als originäre Partnerinnen bei der Lösung der Wohnungsfrage in Leipzig an. Die Vergangenheit hat gezeigt, dass die Wohnungsgenossenschaften einen wesentlichen Anteil an der Bereitstellung von bezahlbaren und attraktiven Wohnungen leisten und weit darüber hinaus Verantwortung für das Wohnumfeld nehmen.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- die Institutionalisierung eines regelmäßigen Gedankenaustauschs zwischen Wohnungsgenossenschaften und Stadtverwaltung
- die intensive Einbindung der Wohnungsgenossenschaften bei der Weiterentwicklung der sozialen, verkehrlichen und öffentlichen Infrastruktur in genossenschaftlich geprägten Wohnquartieren
- die Bereitstellung städtischer Grundstücke für vorrangig gemeinnützigen genossenschaftlichen Geschosswohnungsneubau.

4.4. Geschosswohnungsbau ankurbeln

Die kommunalen Einflussmöglichkeiten zur Förderung des lokalen Geschosswohnungsbaus sind im Gegensatz zum Bund und zum Land überschaubar. Hier verfolgt die LINKE den Ansatz der Gemeinnützigkeit im sozialen Wohnungsbau. Neubau, Sanierungen und Modernisierung müssen auf die langfristige Bedarfsdeckung von bezahlbaren Wohnungen für alle, insbesondere aber für Haushalte mit geringem bis mittlerem Einkommen angelegt sein.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- die Präferenzierung von Geschosswohnungsbau vor Einfamilienhausbau bei der kommunalen Planung neuer Wohngebiete, da bei gleichem Planungsaufwand deutlich mehr Wohnungen entstehen und die öffentliche Infrastruktur effizient genutzt wird
- die Einführung eines Wohnbauflächeninformationssystems zur besseren Aktivierung von Flächenpotenzialen zur Nachverdichtung
- die Unterstützung von Bauträger*innen, die mit verminderter Renditeerwartungen ein anderes Investitionsklima schaffen
- die schnellstmögliche Bearbeitung von Bauanträgen für den Geschosswohnungsbau
- die Vergabe sämtlicher kommunale Grundstücke nach einem Konzeptverfahren in Erbbaupacht
- die intensivere Einbindung der Leipziger Entwicklungs- und Sanierungsgesellschaft zur kommunalen Grundstücksentwicklung, damit eingenommene Erträge in andere kommunale Bauprojekte reinvestiert werden können
- die Renaissance der industriellen Fertigteilbauweise bei mittleren und größeren Wohnungsbauprojekten
- die vermehrte Anwendung von städtebaulichen Entwicklungsmaßnahmen in Gebieten mit besonderer Bedeutung für Leipzig.

4.5. Standards im Geschosswohnungsbau halten

Leipzig weist eine an vielen Stellen hohe städtebauliche Qualität auf. Dies ist nicht nur Vermächtnis, sondern Verantwortung zugleich. Mit der anwachsenden Bautätigkeit steigt auch die kommunale Verantwortung, die Marktmechanismen beim Wohnungsbau zu regulieren. DIE LINKE setzt sich für bedarfsorientierten und qualitätsvollen Geschosswohnungsbau ein, der den Renditeerwartungen des Marktes oftmals entgegensteht.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- deutlich mehr Bauleitverfahren, um die städtebaulichen Ziele rechtlich sicher umsetzen zu können
- eine kooperative Baulandentwicklung bei allen Bebauungsplänen mit Geschosswohnungsbau mit dem Ziel, sozialen Wohnungsbau in Höhe von mindestens 50 Prozent festzulegen
- eine Orientierung der städtebaulichen Dichte an den Freiflächenbedarfen von Familien und Kindern
- verbindliche Vereinbarungen zu Wohnungsgrößen, transferleistungstauglichen Grundrissen und zu Baugeboten in städtebaulichen Verträgen
- die umfängliche Ausschöpfung der sächsischen Richtlinie zur Förderung der Schaffung von mietpreis- und belegungsgebundenen Mietwohnungen
- die Ergänzung der Landesmittel um einen kommunalen Zuschuss, der die Angebotsmiete bei Neubauten weiter reduziert
- eine ausreichende städtische Förderung für alters- und behindertengerechte Anpassungen von Wohnungen.

4.6. Kampf gegen Wohnungs- und Obdachlosigkeit und Verbesserung der entsprechenden Hilfsangebote

Die Zahl der Obdach- und Wohnungslosen in Leipzig nimmt rapide zu. Gleichzeitig verringert sich die Zahl der möglichen Rückzugsorte. Dadurch werden zunehmend öffentliche Plätze und Gebäude als Aufenthaltsorte genutzt. Eine stabile und sichere Unterkunft ist für uns die Ausgangsbasis zur Lösung aller weiteren Probleme („Housing first“); das Halten bzw. die Anmietung eigenen Wohnraum muss im Mittelpunkt stehen. Auf dem Weg dorthin dürfen aber die Unterstützungsangebote für Wohnungs- und Obdachlose nicht vernachlässigt werden.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- die Erweiterung der kommunalen Sozialplanung um das Thema Wohnungs- und Obdachlosigkeit und deren umfassende Untersuchung
- einen „Leipziger Wohnungsnotbericht“, der Daten über Räumungsklagen, Kündigungen, Umzugsaufforderungen durch das Jobcenter und tatsächlich erfolgte Räumungen enthält
- eine städtische Übernahme von Mietkautionen/Bürgschaften in den Fällen, wo das Jobcenter nicht handelt
- die stabile finanzielle Absicherung jener Träger, die die kommunale Pflichtaufgabe zur Betreuung und Unterbringung von benachteiligten Gruppen auf den Wohnungsmarkt übernehmen

- die zügige Umsetzung weiterer niedrighschwelliger Modelvorhaben für Wohnungslose und von Wohnungslosigkeit bedrohte Menschen, um ein langfristiges Wohnen jenseits der Notunterkunft zu ermöglichen, wie zum Beispiel die Schaffung eines Modelprojektes „Housing first“, mit dem Wohnungslose ohne Vorbedingungen eine Wohnung und nach Bedarf soziale Begleitung zur Verfügung gestellt bekommen
- die unbedingte Verhinderung von Zwangsräumungen auf die Straße ohne Bereitstellung einer angemessenen Notfallwohnung
- mehr kommunale Mittel für den kurzfristigen Ankauf von dringend benötigten Mietpreis- und Belegungsbindungen
- die Eröffnung eines zentrumsnahen Übernachtungshauses mit ausreichenden sanitären Einrichtungen, die ebenso wie ein geeigneter Aufenthaltsbereich, rund um die Uhr zugänglich sind
- Übernachtungshäuser ohne Geschlechtertrennung, die die Nutzung sowohl für Paare, als auch für LSBTIQ* einfacher und angenehmer machen
- die Möglichkeit Haustiere in einige Übernachtungshäuser mitzubringen
- entgeltfreie Übernachtungshäuser
- Essensausgaben in Übernachtungshäusern, die in Kooperation mit Supermärkten finanziert werden, so dass aussortierte Lebensmittel gezielt an Bedürftige weitergegeben werden
- die ämterübergreifende Unterstützung von selbstorganisierten Projekten betroffener Menschen.

5. Für eine Mobilität, die uns allen nutzt

Mobilität bedeutet für DIE LINKE Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Mobil zu sein heißt für uns, die Orte des Lebens (Arbeit, Schule, Freizeit, Einkauf usw.) mit wenig Aufwand an Zeit, Geld und Energie gut zu erreichen. Wir wollen den Umweltverbund aus Fußverkehr, Fahrrad und öffentlichem Nahverkehr stärken und die Stadt so gestalten, dass niemand mehr auf ein eigenes Auto angewiesen ist. Im Mittelpunkt steht für uns deshalb das öffentliche Mobilitätsangebot. Mobilität ist Daseinsvorsorge!

In den letzten Jahren konnte der Umweltverbund aus ÖPNV, Rad- und Fußverkehr in Leipzig weiter an Bedeutung gewinnen. Trotzdem gibt es noch immer einen konstant hohen Anteil an Autoverkehr. Um unser Ziel von sauberer Luft und leiseren Straßen zu erreichen, setzen wir weiterhin auf die Stärkung des Umweltverbundes. Das bedeutet vor allem Kampf um eine auskömmliche Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs, Ausbau von Fahrradwegen und endlich eine Verbesserung der Fußwege. Mammutprojekte wie den Ausbau des Flughafens zum zentralen Frachtflughafen der Bundesrepublik werden wir nicht unterstützen. Hinsichtlich des derzeitigen Status des Flughafens Leipzig/Halle fordern wir die bedingungslose Umsetzung der im Planfeststellungsverfahren von 2004 zum Ausbau des Flughafens gemachten Zusagen zum Lärmschutz und den Flugrouten.

5.1. Öffentlichen Personennahverkehr stärken

Vorfahrt für Bus und Bahn – dafür wird DIE LINKE auch künftig konsequent streiten. In einer Großstadt mit über 600.000 Einwohnern gibt es dazu keine Alternative, wenn wir Umwelt- und Lebensqualität sowie Teilhabe für alle wollen. Dazu brauchen wir vor allem ein leistungsfähiges, solide finanziertes Nahverkehrsunternehmen in kommunaler Hand, welches in Netz, Fahrpreis und Fahrzeugen attraktiv unterwegs ist. Neue Wege der Finanzierung müssen nach jahrelangen Diskussionen und Untersuchungen nun auch endlich in Angriff genommen werden. Neben der Einforderung der Verantwortung von Bund und Land muss auch die Stadt selbst zusätzliches Geld, über die Querfinanzierung durch die LVV hinaus, bereitstellen.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- ein solidarisch finanziertes Bürger*innenticket, das allerdings durch einen entsprechenden Bürger*innenentscheid legitimiert werden soll
- als ersten Schritt setzen wir uns für eine entgeltfreie ÖPNV-Nutzung für alle Schüler*innen, Azubis und Rentner*innen ein, um ihnen ein autofreies Leben zu ermöglichen
- eine Umgestaltung des Hauptbahnhofsvorplatzes mit Vorrang für Straßenbahn, Fußgänger*innen und Radfahrer*innen
- die Erweiterung des Straßenbahnnetzes bis an die Stadtränder
- eine bessere ÖPNV-Anbindung der Ortsteile, neuer Wohngebiete und touristischer Ziele, z.B. durch Verlängerung der Linien 9 (direkt bis zum Cospudener See) und 11 (direkt bis zum Markleeberger See) sowie der Linien 3 und 65
- die Schaffung einer Seenbuslinie, die verschiedene Ziele am Cospudener, Markleeberger und Störmthaler See anfährt und mit dem ÖPNV verbindet

- eine zügige Planung der sogenannten Süd-Tangente (Schleußiger Weg, Kurt-Eisner-Str., Semmelweißstraße) als Straßenbahnverbindung
- eine dichtere Taktung von Straßenbahnen und Bussen, sowie die Ersetzung der Nightliner durch einen durchgehenden Linienverkehr bis 4 Uhr mit 45-Minuten-Taktung
- den Ausbau des Busnetzes für eine bessere Anbindung von Wohnquartieren
- Expressbuslinien, um relevante Umstiegspunkte effektiver und schneller zu verknüpfen
- eine schrittweise Umrüstung der Busflotte auf Elektromobilität und Wasserstoffbusse
- den Erhalt und die Preisstabilität der LeipzigPass-Mobilcard
- die Sicherung stabiler, solider Finanzierungsgrundlagen für den ÖPNV, insbesondere für einen auskömmlichen Verkehrsleistungsfinanzierungsvertrag
- autofreie Sonntage im Stadtgebiet und gleichzeitige kostenlose Nutzung des ÖPNV
- die Erstattung von Bahn- und Bustickets durch den Einzelhandel, anstelle von Rabatten auf Parkgebühren
- eine Verbesserung der Situation an Haltestellen durch mehr Sitzmöglichkeiten, Mülleimer, Wetterdächer und Fahrauskunftsanzeigen, die einen auch kurzfristig über Verspätungen und Ausfall informieren
- das Engagement der Stadt Leipzig für eine stärkere finanzielle Unterstützung des Freistaats Sachsen zur Finanzierung des ÖPNV sowie einen landesweiten Verkehrsverbund einsetzt
- Ausschreibungskriterien für einen guten, modernen und bezahlbaren Schienennahverkehr, bei dem sichere, attraktive und barrierefreie Fahrzeuge mit WLAN-Ausstattung sowie eine Bezahlung der Beschäftigten nach Branchentarif gewährleistet ist
- einen von der LVB unabhängigen Fahrgastbeirat
- eine breite Beteiligung von Fahrgästen, Institutionen und Verbänden bei der Erstellung von Nahverkehrsplänen und allen weiteren ÖPNV-Vorhaben, insbesondere bei Änderungen von Linien, Fahrplänen und Tarifen mit aufsuchenden Formaten, bspw. in Beteiligungswerkstätten
- sowie die Erarbeitung von kommunalen Beteiligungskonzepten für den ÖPNV, mit dem Prinzipien der frühzeitigen Information und rechtzeitigen Beteiligung bei Fragen des ÖPNV.

5.2. Fußverkehr fördern

Zu Fuß unterwegs zu sein ist gesund und umweltfreundlich. Fußgänger*innen beleben den öffentlichen Raum, sie befördern die Attraktivität der Großstadt ebenso wie subjektives Sicherheitsempfinden. In einer dicht bebauten, kompakten Stadt wird der Fußverkehr zunehmend ein wichtiger Teil der Mobilität. Leider ist der Anteil der Wege, die zu Fuß bewältigt werden, in den letzten Jahren zurückgegangen. Offensichtlich gibt es Hindernisse und Bedingungen, die das Zu-Fuß-Gehen unattraktiv machen, so steht z. B. die Forderung nach breiten Fußwegen oft in Konkurrenz mit dem Bedarf nach Stellplätzen. Fußgänger*innen sind die „schwächsten“ Verkehrsteilnehmenden und im öffentlichen Raum vielfach besonders benachteiligt. Für sie gibt es in großen Teilen Nachholbedarf, seien es die Fußwege selbst oder auch kombinierte Fuß-/Radwege oder Straßenquerungen. Dabei gibt es gute Gründe,

den Fußverkehr zu befördern, sei es persönliches Wohlbefinden oder die Vermeidung von Lärm und Schadstoffen oder die kostengünstigere Infrastruktur.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- die weitere Umsetzung des Konzeptes „Stadt der kurzen Wege“
- die Erstellung einer kommunalen Fußverkehrsstrategie (inkl. Zebrastreifenprogramm für neue, sichere Fußgänger*innenüberwege)
- die Umsetzung des Leipziger Gehwegsanierungsprogramms und die Einstellung ausreichender finanzieller Mittel in die jeweiligen Haushaltsplanungen
- die Vernetzung von Fußwegen zwischen wichtigen Zielen und Einrichtungen,
- eine gute Begehrbarkeit der Fußwege auch für Menschen mit Behinderungen und die Beseitigung von Stolperquellen
- die Gewährleistung der Nutzbarkeit der Wege zu allen Tages- und Jahreszeiten durch ausreichende Beleuchtung und zuverlässigen Winterdienst
- das Eindämmen von Falschparken auf Fußwegen, z. B. durch verstärkte Kontrollen
- ein besseres Miteinander von Fußgänger*innen und Radfahrer*innen
- die konsequente Entflechtung von Fuß- und Radverkehr, insbesondere in den Kreuzungsbereichen
- die Entschärfung von Baustellensituationen für Fußgänger*innen
- die Schaffung von Möglichkeiten zum Verweilen auf Bänken und an Fußwegen in Grünanlagen
- die Entwicklung eines Stadtplatzprogramms zur Schaffung öffentlicher Plätze mit entsprechenden großzügigen Fußgänger*innenbereichen
- eine gute Zu-Fuß-Erreichbarkeit des ÖPNV
- die Verbesserung der Straßenüberquerungsmöglichkeiten, z. B. beim Überqueren des Innenstadtrings in einer Ampelphase
- die konsequente Beachtung des Blindenleitsystems
- eine Schaffung von Orientierungshilfen wie Wegweisungen oder Fußgänger*innenstadtpläne.

5.3. Radverkehr ausbauen

Das Fahrrad ist inzwischen über 200 Jahre alt und ist trotzdem eines der modernsten Verkehrsmittel im 21. Jahrhundert. Es ist leise, gesundheitsfördernd und in einer kompakten Stadt wie Leipzig ein ideales Fortbewegungsmittel. Für DIE LINKE. Leipzig gehört das Fahrrad zum unverzichtbaren Teil des Umweltverbundes. Leider ist der Anteil des Radverkehrs in den letzten Jahren nur leicht gestiegen, das ist vor allem den geringen Investitionen in die Radinfrastruktur geschuldet. Noch immer weist das Hauptwegenetz große Lücken auf, die es zu schließen gilt.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- die Bereitstellung von mindestens 15 Prozent der Straßenbauinvestitionen für die Förderung des Radverkehrs
- die Erweiterung der Radfahrspuren auf allen Hauptstraßen
- die konsequente Lückenschließung von Fahrradwegen, insbesondere um den Leipziger Innenstadtring

- die Schaffung von mehr Fahrradschutzstreifen, vor allem in den Ortschaften
- die Eindämmung des Falschparkens auf Radwegen durch verstärkte Kontrollen, z. B. auf der Karl-Liebknecht-Straße und Könnertstraße
- eine kommunale Förderung von Elektro- und Lastenrädern
- die Bereitstellung von öffentlichen Luftpumpen und Ladesäulen für (Elektro)Fahrräder, z.B. an allen Mobilitätsstationen der LVB
- die Einführung von städtischen Fahrrad-Selbsthilfewerkstätten mit kostenlosem Basisservice
- mehr Fahrradabstellmöglichkeiten und die Schaffung von Fahrradgaragen
- die Aufhebung der Radwegenutzungspflicht bei gemeinsamen Rad- und Fußwegen, um die Konflikte im Seitenraum zu reduzieren
- einen zuverlässigen Winterdienst auf starkfrequentierten Radwegen
- der freizeitsportgemäße Umbau der Radwege.

5.4. Autoverkehr vermeiden

Mit zunehmendem Bevölkerungswachstum wächst auch die Zahl der PKW in Leipzig. Schon heute stößt das vorhandene Straßennetz an seine Kapazitätsgrenzen. Die Hauptverkehrsstraßen sind dreckig und laut. Gerade einkommensschwache Haushalte leben an diesen Hauptstraßen und leiden an den gesundheitlichen Folgen von Lärm und Dreck. Leipzig ist eine Gründerzeitstadt und hat nur eingeschränkten Platz im öffentlichen Raum, welcher allen zur Verfügung stehen sollte. Um das Verkehrschaos dennoch zu vermeiden, ist DIE LINKE davon überzeugt, dass eine Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs im Vordergrund der Politik stehen muss. Davon würden vor allem die profitieren, die auf das Auto angewiesen sind, z. B. Im Handwerk, soziale Dienste und Taxen.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- die Stärkung von Carsharing und die Ausweisung von Carsharing-Stellplätzen im öffentlichen Raum
- die Weiterentwicklung der autoarmen Innenstadt und den Verzicht auf die Ausweitung der Einfahrtgenehmigungen
- innovative Konzepte zur Verkehrsberuhigung in Wohnvierteln, z. B. durch Sackgassen- und Einbahnstraßensysteme
- Lösungen der Parkplatznot in den Wohngebieten, u. a. durch konsequentes Einrichten von Anwohnerparkplätzen
- Parkraumbewirtschaftung durch die öffentliche Hand
- den konsequenten Ausbau des Park-and-Ride-Systems
- die Sanierung der vorhandenen Straßen statt Neubau
- die Ausweitung von Geschwindigkeitsfestsetzungen auf 30 km/h auch auf Hauptstraßen
- die Durchsetzung eines LKW-Durchfahrtsverbotes sofern es keine Ziele innerhalb der Stadt gibt
- die Prüfung neuer logistischer Möglichkeiten für die Belieferung der Handelseinrichtungen in der City
- eine Unterstützung der mittelständischen Unternehmen bei der mittelfristigen Umstellung auf E-Autos

- die konsequente Umsetzung des Stadtentwicklungsplans Verkehr und öffentlicher Raum.

6. Wir alle sind Leipzig – Für eine aktive Bürgerstadt

Leipzig hat eine über 1.000 Jahre alte, wechselvolle Geschichte. Diese ist für die Leipziger*innen identitätsstiftend. Unsere Stadt hat sich in den vergangenen Jahrhunderten als weltoffene Bürger*innenstadt entwickelt, die tolerant, friedlich, engagiert und auch aufmüpfig ist. Diese Traditionen gilt es zu bewahren und weiterzuführen. Gerade Leipzigs Vielfalt ist eine Chance für Integration und ein friedliches Zusammenleben in der wachsenden Stadt. DIE LINKE setzt sich dafür ein, allen Menschen eine Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen, insbesondere jenen, die aus ihrem Herkunftsland flüchten mussten. DIE LINKE pflegt eine aufgeschlossene Willkommenskultur. Wir verstehen uns als konsequent weltoffene und tolerante Partei. In Leipzig beteiligen sich die Bürger*innen aktiv an der Gestaltung des städtischen Lebens. Ein Bürger*innenentscheid hatte seinerzeit den Verkauf der kommunalen Stadtwerke verhindert, Bürger*innenvereine und Initiativen setzen sich für die vielfältigsten Belange in ihren Ortsteilen ein. Für eine möglichst breite Bürger*innenbeteiligung muss es noch bessere Rahmenbedingungen geben. Auf Landesebene fordert DIE LINKE deshalb die Herabsetzung des Wahlalters in Kommunen auf zunächst 16 Jahre, wie es in anderen Bundesländern selbstverständlich ist. Das Kommunalwahlrecht soll auf Landes- und Bundesebene auch für lange hier lebende Menschen ohne deutschen Pass eingeführt werden. Das hohe Quorum für Bürger*innenentscheide soll in Sachsen deutlich gesenkt werden.

6.1. Stadtgesellschaft lebt von der Mitwirkung der Bürger*innen – auch im digitalen Zeitalter

Von demokratischer Teilhabe lebt die Stadtgesellschaft. Das ist in Leipzig gute Tradition und das hat in einer wachsenden Stadt auch gute Perspektiven.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- die Durchführung von Bürger*innenentscheiden zu politisch bedeutsamen Fragen wie die Einführung des fahrscheinlosen ÖPNV oder die Entscheidung über ein Freiheits- und Einheitsdenkmal in Leipzig
- die Aufwertung der Stadtbezirksbeiräte zu Ortschaftsräten, die von den Bürger*innen direkt gewählt werden und über konkrete Mitbestimmungsrechte verfügen
- die verbindliche Berücksichtigung von Belangen der Ortschaftsräte im Stadtrat
- eine angemessene und wirksame Budgetverwaltung für Stadtbezirksbeiräte bei Stadtteilverhaben
- die Einführung eines funktionsfähigen und verbindlichen Bürger*innenhaushaltes und eines öffentlich nachvollziehbaren Haushaltsrechners
- für eine transparente und bürgerfreundliche Informationspolitik der Stadtverwaltung.

Die Zahl der in Leipzig lebenden Migrant*innen wächst. Für eine erfolgreiche Integration sowie ein friedliches, vielfältiges und solidarisches Zusammenleben aller Menschen in unserer Stadt müssen Barrieren und Hemmnisse schneller abgebaut werden.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- die weitere Stärkung des Migrant*innenbeirats und die Schaffung der Möglichkeit der direkten Wahl der Mitglieder des Beirats
- die Förderung, Vernetzung und Qualifizierung von Selbstorganisationen, interkulturellen Vereinen und (Ehrenamts)Initiativen der Geflüchteten-Unterstützung
- die Stärkung und Förderung von Beratungsstellen, die im Bereich der Antidiskriminierung, des Antirassismus und der Unterstützung von Opfern rechter Gewalt arbeiten
- den konsequenten Einsatz der Stadt Leipzig gegen Antisemitismus, Rassismus und anderen Formen der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit durch öffentliche Positionierung sowie die Förderung von zivilgesellschaftlichen Projekten.

Die Digitalisierung erfasst immer mehr individuelle Lebensbereiche. Für einen Großteil der Menschen bringt die Digitalisierung Erleichterungen im Alltag, andere jedoch – insbesondere ältere Menschen – können mit ihr kaum Schritt halten. Das Konzept der Smart City birgt darüber hinaus die Gefahr, das urbane Alltagsleben immer mehr technokratisch zu beeinflussen oder den Datenschutz auszuhöhlen.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- barrierefreiere Online-Zugänge zur Stadtverwaltung, auch für Menschen mit geringen technischen und sprachlichen Kenntnissen
- ein kostenloses WLAN im gesamten Stadtgebiet
- einen politisch verbindlichen Leitfaden zur digitalen Transformation der Stadt Leipzig
- den Aufbau lokaler und dezentralisierter Online-Dienste und Apps gegen die Abhängigkeit von marktbeherrschenden Technologieunternehmen
- Städtezusammenschlüsse zur Realisierung digitaler Bürgerprojekt.

6.2. Leipzig schreibt lebendige Geschichte

DIE LINKE ist den historisch gewachsenen demokratischen Traditionen unserer Stadt, insbesondere der Geschichte der Arbeiterbewegung, der Frauen*-/LTI-Bewegung, der Turn- und Sportbewegung und der Entwicklung der Kleingartenvereine verpflichtet. Die revolutionären sozialdemokratischen Traditionen in unserer Stadt wollen wir durch ein angemessenes Andenken an ihre Mitbegründer August Bebel und Wilhelm Liebknecht ehren. Das Andenken an den vielfältigen Widerstand gegen das Naziregime verpflichtet uns besonders in der heutigen Zeit. Gerade angesichts der rechtspopulistischen Verharmlosung der Verbrechen des Faschismus wollen wir Orte des Gedenkens an Strukturen und Opfer, aber auch an den antifaschistischen Widerstand stärker betonen.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- die Förderung von generationsübergreifender Geschichtsarbeit, bei denen die Aufarbeitung des Faschismus im Mittelpunkt steht und darüber hinaus die koloniale und imperialistische Vergangenheit Deutschlands und deren bis heute vorhandene, unsichtbar gemachte Auswirkungen auf unsere Gegenwart mitbedacht wird
- eine eigene Erinnerungskultur an die Opfer rechter Gewalt der Gegenwart.

Der Umgang mit Gedenk- und Erinnerungsorten sowie die Benennung von Straßen, Plätzen und Schulen sind ein wichtiger Gegenstand identitätsstiftender Erinnerungskultur. Geschichte ist so nicht nur in den Museen, sondern im gesamten Stadtbild erlebbar. Unsere Stadt braucht diese Orte, um lebendig zu sein. Dabei ist Stadtgeschichte nicht allein die Geschichte der historischen Kernstadt. Sie ist auch die Geschichte der Stadt- und Ortsteile, die im Kontext zur Gesamtstadt steht.

DIE LINKE setzt sich für eine Betrachtung der Vergangenheit aus verschiedenen Perspektiven und für eine offene Diskussion historischer Fragen ein. Einseitige Sichtweisen und verordnete Gedächtnisse haben es längst verdient, pluraler Erinnerungskultur zu weichen. Das gilt besonders für die Systemumbruch von 1989, der nun dreißig Jahre zurückliegt. Die Zahl derjenigen wächst, die keine eigene Erinnerung mehr damit verbinden. Es ist endlich an der Zeit, dass Bürger*innen selbst über ein Einheits- und Freiheitsdenkmal in Leipzig entscheiden. Dafür setzen wir uns weiterhin ein.

6.3. Kultur auf allen Ebenen

Das wertvolle und in seiner Vielfalt einmalige Kulturleben Leipzigs muss erhalten und entwickelt werden. Dazu sollen Verlässlichkeit und hinreichende Zuschüsse für die Stabilität bewährter Strukturen im Bereich der Eigenbetriebe Kultur sorgen.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- eine stabile Zuschussvereinbarung der Stadt Leipzig mit ihren Eigenbetrieben Kultur
- die finanzielle Absicherung der städtischen Kultureinrichtungen
- den Erhalt von soziokulturellen Zentren und alternativen Kinokulturangeboten (z.B. Cineding, Luru, NaTo, Prager Frühling, Schaubühne Lindenfels, Schauburg)
- den Erhalt und die Förderung von Ateliers und Kunsträumen in den Quartieren
- einen FKK-Strand an jedem der Leipziger Seen
- die Vertiefung der Zusammenarbeit der großen Häuser mit Schulen, Bildungseinrichtungen und der Freien Szene
- sozialverträgliche Eintrittspreise
- die Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Beschäftigten in den Subunternehmen der Eigenbetriebe Kultur (z. B. Garderobe, Sicherheitspersonal)
- eine Verdopplung des Etats für die Freie Szene und eine dynamische Erhöhung dieses Etats um jährlich fünf Prozent.

Das Schwerpunktthema kulturelle und ästhetische Bildung muss weiterentwickelt werden. Kinder und Jugendliche brauchen Teilhabe an Kultur. Ohne sie fehlen ihnen wichtige Kompetenzen. Das kann nicht nur einer gleichberechtigten Teilhabe am gesellschaftlichen Leben entgegenwirken, sondern begünstigt letztlich sogar Ausgrenzung. Deswegen muss Kultur allen möglichst überall in der Stadt zugänglich gemacht werden.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- freien Eintritt für alle Dauerausstellungen der städtischen Museen und Kulturdenkmäler

- die Einrichtung eines zusätzlichen Budgets und eine spezifische Fachförderrichtlinie für die Zusammenarbeit von Freien Kulturakteur*innen mit Bildungseinrichtungen wie Kitas, Schulen und Horten
- die Umsetzung der Richtlinie Kunst am Bau bei allen kommunalen Bauvorhaben, besonders bei Schulen und Kitas
- die Umsetzung einer Strategie für Kunst im öffentlichen Raum
- die weitere Förderung von Graffiti als kulturelle Ausdrucksform, eine verlässliche personelle und sachliche Förderung der Koordinierungsstelle Graffiti und die Schaffung von neuen legalen Graffiti-Flächen
- kulturelle Vielfalt als Bereicherung für unsere Stadtgesellschaft
- den Ausbau von kulturellen Bildungs- und Vermittlungsangeboten, einschließlich der entsprechenden Honorare für die unterschiedlichen Zielgruppen unserer zunehmend diversen Stadtgesellschaft sowie die Stärkung und Förderung von kulturellen Vorhaben von Migrant*innen
- die Weiterbildung von Mitarbeiter*innen kommunaler Einrichtungen und Tochtergesellschaften im Bereich interkulturelle Kompetenz.

Um kulturelle Vielfalt zu sichern, brauchen Kulturschaffende Räume. Diese werden in Leipzig aber zunehmend knapp und teuer. Stadteigene Gebäude sollen je nach aktuellem und langfristigem Bedarf kulturell weiter genutzt werden. Dazu zählen auch leerstehende Gebäude wie ehemalige Gemeindeämter, Rathäuser und Bibliotheken. Diese müssen dazu in städtischer Hand bleiben.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- beteiligungsorientierte und nachbarschaftsorientierte Konzepte wie die Nutzung des „Kinos der Jugend“ als Soziokulturelles Zentrum und der „Ostwache“ als Raum für Kulturschaffende
- einen Maßnahmeplan, um preiswerte Atelier- und Probenräume langfristig in Leipzig zu sichern
- ein Konzept zur Umnutzung von kommunalen Gebäuden in Atelierräume, um Leipzig als Kunstort zu erhalten und die Unterstützung von Künstler*innen bei der Raumsuche
- die Sanierung des Bandhaus 2.0 der Bandcommunity, um mehr Proberäume zu schaffen und Schäden am Gebäude zu verhindern
- die Unterstützung bei der Realisierung eines Filmkunsthauses, um Filmkunst langfristig in Leipzig zu sichern
- die finanzielle Absicherung des traditionsreichen DOK-Filmfestivals.

Leipzig hat ein buntes und bewegtes Nachtleben. Zahlreiche Kultureinrichtungen und Clubs bieten jungen und alten Einwohner*innen und Gästen Platz zur Entfaltung und zum Feiern. Mit der Abschaffung der Sperrstunde im Jahr 2018 wurde eine wichtige bürokratische Barriere aus dem Weg geräumt. Gleichzeitig hat die Verdrängung von Lokalitäten durch Bauvorhaben längst begonnen. Clubs wie das „So & So“ oder auch die Distillery müssen Neubauprojekten weichen. Investor*innen ignorieren die gewachsenen und etablierten kreativen Einrichtungen.

Wir setzen uns ein für:

- die höhere Gewichtung von kulturellen Bestandsnutzungen gegenüber Bau-Investor*innen
- die Einführung eines Leipziger Clubkatasters, um bei Bauvorhaben und -planungen die Interessen aller Beteiligten besser berücksichtigen zu können und bestehenden Orten Bestandsschutz zu ermöglichen
- Ausschöpfung von Beratungs- und Fördermöglichkeiten für bessere Lärmschutzisolierungen, um ein konfliktfreies Miteinander von Kulturorten und Wohnbebauung zu ermöglichen
- die Bereitstellung städtischer Freiflächen für nicht-kommerzielle Open-Air-Kulturveranstaltungen
- die Einführung des „Agent of Change“-Prinzips, durch welches Bauherren dazu verpflichtet werden bei Bauvorhaben in Clubnähe für passiven Lärmschutz zu sorgen.

Für DIE LINKE heißt Digitalisierung vor allem auch Medienbildung. Wir brauchen dafür pädagogische Konzepte und die entsprechende Ausstattung von Schulen und kulturellen Einrichtungen. Wir wollen digital erlebbare Museen. Die Volkshochschule und die städtischen Bibliotheken sollen an dieser Entwicklung beteiligt werden und Weiterbildungen speziell für Pädagog*innen anbieten. In der wachsenden Stadt müssen wir die Bibliotheken erhalten. Denn eine Gesellschaft ohne Bibliotheken hat keine Zukunft.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- die Digitalisierung des Bestandes der Museen
- ein Nutzungskonzept eCulture
- den Ausbau der Stadtteilbibliotheken in Paunsdorf, Schönefeld, am Runkiplatz und in der Südvorstadt nach dem Vorbild der Georg-Maurer-Bibliothek in Plagwitz
- den Erhalt der Bibliothek in Holzhausen
- die Ausstattung der Bibliotheken durch digitale Angebote und die Förderung von E-Learning
- die Aufstockung des Medienetats und die Absicherung des Personals inklusive der Medienpädagogik.

Mit dem Bildungszentrum Grünau werden Stadtteilbibliotheken und Bürger*innenamt zentralisiert. Wir setzen uns für eine auskömmliche finanzielle Untersetzung des Bildungszentrums ein, damit in Grünau ein Ort der Kultur und Bildung bestehen bleibt. In der Volkshochschule und der Musikschule müssen dringend die Honorare der Dozierenden angepasst werden, um eine faire Bezahlung abzusichern. Bürokratische Hürden für einen Mehrverdienst freier Mitarbeitenden müssen dabei reduziert werden. Außerdem sollen möglichst viele Honorarstellen in feste Stellen umgewandelt werden. Seit langem fordern wir ein Sportmuseum. In der kommenden Wahlperiode muss der Plan dazu endlich umgesetzt werden.

6.4. Für eine sportliche Zukunft – von der Breite bis zur Spitze

Fast dreiviertel aller Leipziger*innen sind sportlich aktiv, davon sind etwa hunderttausend als Mitglieder in Leipzigs Sportvereinen organisiert. In der wachsenden Stadt steigen auch die Anforderungen an den organisierten und individuellen Sport. Deshalb stehen wir für die weitere Ertüchtigung der Sportinfrastruktur in Leipzig. Die dafür im Sportprogramm

2024 und im Integrierten Stadtentwicklungskonzept „Leipzig 2030“ (INSEK) vorgesehenen Maßnahmen müssen finanziell untersetzt werden.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- den Neubau einer wettkampfgerechten Sporthalle in Böhlitz-Ehrenberg
- den Neubau von Sportplatzanlagen, insbesondere in den Stadtbezirken Ost, West, Nord und Süd
- den Neubau mindestens einer Schwimmhalle, bevorzugt im Stadtbezirk Süd
- die weitere Sanierung von Leipzigs Sportstätten (insbesondere der Radrennbahn, der Anlagen im Stadion des Friedens, im Alfred-Kunze-Sportpark, im Bruno-Plache-Stadion und auf der Sportanlage Teichstraße)
- Neubau und Ertüchtigung von Sport- und Freizeitanlagen im öffentlichen Raum, so wohnortnahe Bolzplätze, Skateboard-, Boulder- und Bike-Anlagen sowie Trimm-dich-Pfade und Spielangebote
- Maßnahmen, die eine längere Nutzung von Sportplatzanlagen ermöglichen wie Kunstrasenplätze und Beleuchtungsanlagen
- die freizeitsportgemäße Ertüchtigung der Bodenbeläge sowie die Erweiterung der Radwegeverbindungen, einschließlich Lückenschließung
- eine bessere personelle Begleitung der Sportvereine bei baulichen Investitionen durch die Verwaltung
- eine angemessene und dem jeweiligen Bedarf angepasste Förderung der Pachtvereine zur Unterhaltung und Ertüchtigung der Sportflächen
- mehr Hallen- und Platzwart*innen auf den Leipziger Sportanlagen durch Schaffung von 30 festen Stellen.

Zur Sportstadt Leipzig gehört ein leistungsfähiger Spitzensport.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- den Erhalt des Olympiastützpunktes in Leipzig
- die Sicherung der Trainingsstätten für den Hochleistungssport, insbesondere den Schwimmsport.

Die Voraussetzungen für Spitzenleistungen im Hochleistungssport werden im Schul- und Breitensport geschaffen. Vom Kleinkindalter an ist Sport eine wichtige Basis für ein gesundes Leben.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- die infrastrukturelle Gewährleistung und Absicherung des lehrplangerechten Schulsports
- mehr Bewegungsangebote für Kleinkinder und Kinder in Kitas, Schulhorten und Sportvereinen
- geförderte Kooperationen zwischen (Grund-)Schulen, Kitas und Sportvereinen
- die Nutzung der Schulsportinfrastruktur durch den organisierten Sport und Öffnung für nichtorganisierten Freizeitsport
- die Weiterentwicklung der Kooperationen zwischen den Leipziger Hochschuleinrichtungen und den Leipziger Sportvereinen.

Sport verbindet. Er bietet Möglichkeiten und Chancen für Integration und ein faires Miteinander.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- ein besser gefördertes Ehrenamt in den Leipziger Sportvereinen u. a. angesichts der Herausforderungen von Integration und Inklusion
- den Abbau von Barrieren, die den Zugang zum Leipziger Sport beispielsweise für Menschen mit Migrationshintergrund sowie für Menschen mit Behinderungen erschweren.

6.5. Moderne und bevölkerungsnaher Verwaltung

Den Anforderungen einer wachsenden Stadt in einer zunehmend digitalisierten Welt muss sich auch Leipzigs Stadtverwaltung stellen. Die Entwicklung der Verwaltung muss dem realen Wachstum der Stadt entsprechen. Die Personalvorgaben des Freistaats, die diese Fakten nicht berücksichtigen, können dafür keine Grundlage sein. Ständige Mehrarbeit, Arbeitsverdichtung und Überlastung des Personals können nicht länger hingenommen werden. Denn zufriedene Mitarbeitende sind nicht nur zufriedene Bürger*innen, sie sorgen auch für zufriedene Bürger*innen.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- die solide Ermittlung des künftigen Personalbedarfs
- ein modernes Personalentwicklungskonzept, das die Attraktivität der städtischen Arbeitsplätze erhöht
- eine offensive Personalgewinnung in Bereichen, wo akuter Personalmangel herrscht
- die nahtlose Wiederbesetzung freiwerdender Stellen
- ein Nachfolgemanagement für Aufgaben mit besonderen Qualifikationen und Erfahrungswissen
- die Nutzung moderner digitaler Technik nicht für die Streichung von Stellen, sondern als Chance für bessere Arbeitsbedingungen und hochwertige Dienstleistungen
- eine moderne IT-Steuerung zur schnelleren, transparenteren und bürger*innenfreundlicheren Gestaltung von Verwaltungsvorgängen
- einen städtischen Betriebskindergarten
- die Stärkung des betrieblichen Gesundheitsmanagements
- die Stärkung der kommunalen Ansprechpartner vor Ort, vor allem der Bürger*innenämter

Die zunehmende Internationalität unserer Stadt stellt auch in der Verwaltung das Personal vor große Herausforderungen. Um diese zu meistern und um Migrant*innen besser einzubeziehen, setzen wir uns ein für:

- die wirksame Umsetzung der Maßnahmen zur Integration und Teilhabe von Migrant*innen
- einen höheren Anteil von Migrant*innen in verantwortlichen Positionen der Stadtverwaltung

- die gezielte Gewinnung von Auszubildenden mit Migrationshintergrund für Ausbildungsberufe innerhalb der Stadtverwaltung
- den Einsatz von Sprachmittler*innen im Gesundheitswesen, in Behörden, Ämtern und Bildungseinrichtungen
- Fortbildungsmaßnahmen für Verwaltungsmitarbeiter*innen und Pädagog*innen zum Erwerb interkultureller Kompetenz.

Schlusswort

Liebe Leipziger*innen,

vielen Dank für Ihr Interesse am Kommunalwahlprogramm der LINKEN. Wie eingangs schon erwähnt, bilden diese Aussagen auch das Arbeitsprogramm der Fraktion DIE LINKE im neuen Stadtrat. Es ist inhaltlich anspruchsvoll und zugleich realistisch. Es zeigt klare Perspektiven für unsere Stadt in den nächsten fünf Jahren. Daher möchten wir mit Ihnen nicht nur in der vergleichsweise kurzen Wahlkampfzeit, sondern auch danach im Dialog bleiben, um Sie davon zu überzeugen:

DIE LINKE ist eine Partei für den Alltag, nicht nur für den Wahltag.